Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint Werktags. Bezugspreis bei Haus 16.—31. Aug 385 000 M., durch die Post 385 000 M. ohne Zustell.-Gebühr. Druck u. Verlag: Produkt.-Genossensch. f. d. Bez. Halle-Merseburg eGmbH. Halle, Leichenfeldstr. 14 Fernruf 1045, 1047, 2251. Schriftleitung: Sprechzeit 12—1 u 5—6 Uhr.

Der Anzeigenpreis beträgt 44000 M. für den Millimeter Höhe u. Spalte, 200000 M. für Reklame, ausschl. an den dreigespaltenen Textseitenteil. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten. Bankkonto Commerz- und Privatbank, Halle. Postscheckkonto Leipzig 1068 48, Fritz Krod, Halle

Einzelpreis 30 000 Mk. | Donnerstag, den 23. August 1923 | 3. Jahrgang Nr. 196

Das Reichsarbeitsministerium verhöhnt die Bergarbeiter

Berlin, 22. August.

Im Senftenberger Revier sind über 50 000 Bergarbeiter, die ganze Belegschaft, von den Bergherren ausgesperrt. Seit drei Wochen bereits geht der Kampf mit steigender Erbitterung. Alle Versuche, den Kampf zu beenden, scheitern an dem Herrenstandpunkt der Unternehmer, die nur bei bedingungsloser Wiederaufnahme der Arbeit unter Ausschaltung aller derer, die den Unternehmern mißliebig sind, den Betrieb wieder aufnehmen wollen. Die Gewerkschaften stehen schadenfroh abseits, sie weigern sich, trotz wiederholter Aufforderung, selbst durch die gewerkschaftlichen Funktionäre des Reviers, zur Beendigung des Kampfes auch nur das Geringste zu tun, weil Ursache der Aussperrung ein „wilder" Streik gewesen sei. Am Montag beschloß eine Konferenz der Streikleitung der einzelnen Schächte, nunmehr eine Delegation zum Reichsarbeitsministerium zu entsenden, um dieses zu einer Vermittlung zu bewegen. Die Delegation versuchte gemeinsam mit dem Genossen Katz den Reichsarbeitsminister persönlich aufzusuchen. Der neue Reichsarbeitsminister der Koalition Stresemann-Hilferding aber war für Arbeiter nicht zu sprechen. Erst schützte er dringende Geschäfte vor, dann war er angeblich überhaupt nicht da. An seiner Stelle verhandelte mit der Delegation der Ministerialdirektor Dr. Sitzler. Gleich zu Anfang lehnte er jegliche Vermittlung und jegliches Eingreifen ab, wenn nicht die Gewerkschaften die Vertretung der Bergarbeiter übernähmen. Auf die entrüstete Entgegnung der Delegation, daß die Gewerkschaften doch bereits mehrfach vergeblich zum Eingreifen aufgefordert seien, und daß, wenn jetzt das Reichsarbeitsministerium nicht eingreife, die Gefahr bestehe, daß die Notstandsarbeiten eingestellt würden und die Schächte ersöffen, erwiderte Herr Dr. Sitzler ganz faltblütig, dann müsse eben die Technische Nothilfe eingesetzt werden. Im übrigen bezeichnete er die Löhne der Bergarbeiter bereits als so hoch, daß sie ohne Gefährdung der ganzen Wirtschaft nicht weiter erhöht werden dürften und bereits jetzt schuld daran seien, daß der deutsche Kohlenpreis das 1½fache des englischen betrage! Ein noch sonderbarerer Kauz aber ist der Dr. Tiburtius, ein junges Kerlchen mit Manieren und Ausdrücken wie ein entlaufener Korpsstudent. Fortwährend machte er höhnische Zwischenbemerkungen. Einmal freilich verplapperte er sich in sehr bezeichnender Art. Zur Forderung, daß die Streiktage bezahlt werden sollten, machte er den Einwurf: Das sei schon deshalb unerfüllbar, weil sich gegen die Bezahlung der wilden Streiktage die Gewerkschaften mit aller Schärfe wenden würden! Dieses Eingeständnis des jungen Studenten ist ungemein kennzeichnend. Und wißt Ihr, Arbeiter, was dieser Tiburtius darstellt? Er ist für das Deutsche Reich Referent für alle Bergarbeiterangelegenheiten! Einen noch kläglicheren Eindruck freilich machte der ebenfalls anwesende, dem Reichsarbeitsministerium zugeteilte Bergarbeiterführer Osterroth. Er sagte nämlich so gut wie gar nichts. Nur gelegentlich erzählte er etwas von dem „Terror„ den die Senftenberger Arbeiter gegen die bewährten Gewerkschaftsführer ausgeübt hätten, und erst, als ihn der Genosse Katz direkt zu einer Stellungnahme zu den Behauptungen des hohen Herrn Ministerialdirektors über die zu „hohen Bergarbeiterlöhne" aufforderte, die es allein verschuldet hätten, daß die deutsche Kohle so teuer sei, wagte er schüchtern einen Einwand, daß doch auch noch andere Umstände als die Löhne den Kohlenpreis in die Höhe getrieben hätten. Als aber sein hoher Vorgesetzter ihm einen kalten Blick zuwarf, machte er sofort wieder die Einschränkung, das sei allerdings ein sehr schwieriges Problem, wohl das schwierigste überhaupt. Die Deputation wurde mit dem leeren Versprechen entlassen, daß das Reichsarbeitsministerium versuchen werde, die Gewerkschaften zu einem Eingreifen zu bewegen. So mußte die Delegation der Bergarbeiter erkennen, daß die Arbeiter ganz auf sich selber angewiesen sind, wenn sie der kapitalistischen Hungerpeitsche entgehen und sich auch nur das Notdürftigste zum Lebensunterhalt erkämpfen wollen.

*

Der Kampf im Bockwitzer Ländchen und in der Lausitz

Die gesamte Bergarbeiterschaft im Streik — Ein Aufruf an die mitteldeutschen Arbeiter

(Eigener Bericht)

Bockwitz, 22. August.

Der Kampf der Arbeiter nimmt von Stunde zu Stunde an Ausdehnung zu. In den am 21. August in den größten Sälen Bockwitz stattgefundenen Streikversammlungen konnte festgestellt werden, daß die gesamte Bergarbeiterschaft sich wieder in den Kampf geworfen hat. Mit aller Energie, Disziplin und harter Ausdauer wird der Kampf der Bergarbeiterschaft des Ländchens und der Lausitz geführt. Auf den Gesichtern der Versammelten konnte man eine Opferfreudigkeit bemerken wie noch nie bevor. Die Situationsberichte der Zentralstreikleitung und der Senftenberger Kollegen wurden mit großer Begeisterung aufgenommen. Die Betriebsräte sind ihres Postens enthoben worden; es ist ihnen anheim gegeben, in den Betrieben zu arbeiten.

*

Die streikende Arbeiterschaft erläßt folgenden

Aufruf an die Bergarbeiter Mitteldeutschlands

Die Bergarbeiter des Senftenberger und Bockwitzer Gebiets stehen schon über acht Tage im Kampf gegen das Unternehmertum. In allen Gebieten hat man versucht, die Arbeiter durch Schupo und andere Mittel mürbe zu machen. Hart auf hart geht es zwischen beiden Parteien. Die Bergarbeiterschaft steht einmütig und geschlossen hinter ihren Forderungen. Von Tag zu Tag stärken sich die Reihen aus andern Industrien, der Kampf muß zum Siege führen. Wir ersuchen die Bergarbeiterschaft Mitteldeutschlands, dort, wo es noch nicht geschehen ist, sich mit ihren Klassengenossen durch Sammlungen solidarisch zu erklären. Selbst die Betriebsräte hat man ihres Postens enthoben müssen, weil keine Arbeiter sich mehr in den Betrieben befinden. Die Notstandsarbeiten sind aufgehoben. Sämtliche Betriebsräte, gleich ob SSPD. oder KPD., haben sich in die Reihen der Kämpfenden geselllt.

Arbeiter Mitteldeutschlands! Setzt verschärft ein mit Sammlungen für unseren Kampf, denn dieser Kampf ist Euer Kampf und dieser Sieg ist Euer Sieg. Die Front der Arbeitgeber fängt an zu bröckeln. Die Front der Bergarbeiter Mitteldeutschlands muß befestigt und verstärkt werden. Die Streikleitung.

*

Die Abwehr der Ruhrarbeiter gegen den Hungerterror

(Eigener Bericht)

Essen, 21. August.

Der Landesausschuß der rheinisch-westfälischen Betriebsräte sah sich infolge der zugespitzten Situation gezwungen, sofort eine **Konferenz der Betriebsräte des Ruhrgebiets** für heute einzuberufen. Die Konferenz war beschickt von 106 Schachtanlagen und 62 Hüttenbetrieben mit 344 Betriebsräten und von 4 Arbeitslosen- und 8 Notstandsarbeiter-Vertretern. Die **politische Zusammensetzung** war folgende: **208 KPD., 46 SPD., 2 USPD., 70 Parteilose, 8 Zentrum, 1 Dtsch. Volksparteiz, 1 KAPD., 7 Syndikalisten**; die **gewerkschaftliche** Zusammensetzung: **142 Freigewerkschafter, 4 AfA., 150 Union der Hand- und Kopfarbeiter, 28 christl. Gewerkschaften, 3 Hirsch-Duncker, 7 Syndikalisten, 3 poln. Berufsvereinigung, 5 Ausgeschlossene.** Ein großer Teil forderte Solidaritätsstreik der nicht ausgesperrten Essener Betriebe. In der Resolution wurde dieser Forderung nicht stattgegeben, sondern beschlossen, den Kampf um die menschenwürdige Entlohnung zu führen mit den Mitteln der **passiven Resistenz** und sich **nicht aus den Betrieben vertreiben zu lassen**. In einer weiteren Resolution wurde mit Entrüstung das Verbot des Reichsausschusses der Betriebsräte und seiner Unterausschüsse durch den sozialdemokratischen Minister Severing verurteilt und die **sofortige Aufhebung des Verbots und des Verbots der proletarischen Hundertschaften** gefordert.

*

Massenelend und Massenkampf

WTB. **Berlin**, 22. August.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hat gemeinsam mit dem AfA.-Bund ein Schreiben an den Reichskanzler gerichtet, in dem auf eine von den Unternehmern eingeleitete Bewegung zur Stillegung oder Einschränkung der Betriebe hingewiesen wird, deren Auswirkung sich in einer **katastrophalen Massenarbeitslosigkeit** und einer Durchkreuzung der steuerpolitischen Maßnahmen des Reiches zeigen werde, wenn die Reichsregierung nicht sofort mit aller Schärfe eingreife.

Die Regierung Stresemann wird sich hüten, den Kampf mit den kapitalistischen Unternehmern aufzunehmen. Sie hat mit letzteren ja eben sich verständigt. Ergo wird weiter nichts herausspringen, als eine kleine Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung und ein Hinweis, daß verkürzt gearbeitet werden muß, bevor Entlassungen erfolgen dürfen. Dann werden sich auch die Gewerkschaftsbureaukraten wieder damit abgefunden haben. Es sind schon viele „Schritte" unternommen worden, aber etwas Vernünftiges ist dabei noch nicht herausgesprungen. Es bleibt schon dabei, daß nur die Arbeiter selbst in der Lage sind, sich geordnete Zustände zu verschaffen. Und das kann nur durch Kampf geschehen. Freiwillig werden die Unternehmer auf ihren Profit nie verzichten.

Der Sozialdemokrat Sollmann verbietet die kommunistische Presse

(Eigene Drahtmeldung)

Magdeburg, 23. August.

Das Organ der KPD. für Magdeburg-Anhalt, die „Tribüne", ist vom sozialdemokratischen Reichsminister Sollmann auf drei Tage verboten worden. Gründe anzugeben hat man erst gar nicht für nötig befunden. Das Verbot hat folgenden Wortlaut:

Telegramm

Auf Grund des § 1 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 10. August 1923 (Reichsgesetzblatt Teil 1, Seite 768) wird die „Tribüne", Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands (Bezirk Magdeburg-Anhalt), Erscheinungsort Magdeburg, vom 23. bis 25. August einschließlich verboten.

Berlin, den 21. August 1923.

Der Reichsinnenminister. gez. Sollmann.

*

Die Koalitionsregierung mit ihren vier sozialdemokratischen Ministern enthüllt sich immer mehr. Ungeheure Steuern, verschärfte Ausbeutung der arbeitenden Massen, Verbot der revolutionären Presse — man kann sich wohl noch auf manches gefaßt machen. Aber alle Maßnahmen werden ihr nichts helfen, sie verendet ja doch noch auf dem Komposthaufen, auf dem sie bereits sitzt.

Das sterbende Deutschland und seine Totengräber
Das lebendige Deutschland und seine Führung

Die neue Preisoffensive setzt mit verdoppelter Wucht ein. Keine zwei Tage hat die Herrlichkeit des herabgedrückten Dollarkurses gedauert. Die Preise sind nicht gefallen — jetzt steigen sie rapid. Unter der neuen Regierung steigt auch schon der Dollar wieder, und Havenstein macht die alten Kunststücke der Markstützung mit Reichsbankgold. Aber auch sein Nachfolger, mag er Paul Hertz oder sonstwie heißen, wird den Absturz der Mark nicht hemmen können. Dort, wo Cuno aufhörte, fängt Stresemann an und Hilferding, der Vater der Cunoschen „Finanz"politik, muß dieselbe Politik machen.

Aber Cuno wurde fortgejagt, weil breiteste Schichten der deutschen Bevölkerung seine „Wirtschaft" nicht mehr ertrugen. Seine Wirtschaft geht weiter. Den Schluß werden wiederum die Massen ziehen.

Doch in der neuen Regierung sitzen Sozialdemokraten. Sie haben die Regierung unter Versprechungen angetreten. Die Massen werden ihnen die Rechnung präsentieren. Wir Kommunisten präsentieren sie ihnen schon heute. Wir werden dabei lediglich von ihren Versprechungen ausgehen. Mögen sie antworten, wenn die Massen die Fragen aufgreifen.

Erste Frage: Die Sozialdemokraten haben geschworen, die Finanzkrise zu beheben, weil, wie sich Hertz z. B. in der Vorständekonferenz der Gewerkschaften zu Berlin, am Donnerstag vor dem Generalstreik, ausdrückt, „die Steuern fließen". — Wir fragen: welche Steuern „fließen"? Wieviel Prozent der Staatsausgaben werden durch die „fließenden" Steuern gedeckt? Wer zahlt in Wirklichkeit die Steuern?

Und wir antworten: „fließen" lediglich die vom Lohn direkt abgezogenen Steuern; die Steuereinnahmen decken genau 2 Prozent der Ausgaben; die Steuern zahlen nicht die Besitzenden, weil sie durch ihren schamlosen Preiswucher die „höheren" Steuern von vornherein abgewälzt haben auf die besitzlosen Konsumenten.

Zweite Frage: Die Sozialdemokraten haben bei ihrem Regierungsantritt geschworen, daß sie die Währung stabilisieren werden. Wir fragen: wieviele Billionen Papiermark werden täglich gedruckt? Wird dadurch die Inflation aufgehalten?

Und wir antworten: druckt Hilferding keine Papiermark, so entstehen dieselben Unruhen, wie bei Cunos Tode, weil keine Löhne gezahlt werden können. Druckt Hilferding aber drauflos, so ruiniert er die Währung, und die „hohen" Löhne, die ausgezahlt werden, können infolge des ungehemmten, schamlosen Wuchers nichts kaufen, mögen noch so viele Nullen auf den Zetteln stehen.

Dritte Frage: Die Sozialdemokraten haben geschworen, sie würden „die Wirtschaft" sanieren, die „Sachwerte erfassen" und Deutschland „in Ordnung" bringen. Wir fragen: was hat die Sozialdemokratie getan und was kann sie tun gegen die einsetzende Produktionssabotage der Unternehmer, die einfach die Betriebe schließen? Wie kann die Sozialdemokratie „Sachwerte erfassen", wo ihre Koalitionsgenossen „prinzipiell" gegen „Eingriffe in die Substanz" sind und diese mit allen Mitteln abwehren werden?

Vierte Frage: Die Sozialdemokraten haben immer und immer wieder beteuert, den Beamtenapparat, und insbesondere die Reichswehr müsse von Reaktionären gesäubert werden. Wir fragen: Was kann die Sozialdemokratie auch nur gegen die Justizfaszisten tun? Kann sie auch nur den Geßler und Seeckt und die monarchistischen Offiziere aus dem Heere werfen?

Und wir antworten: Sie kann es nicht. Denn das ginge nur an, wenn sie die Arbeiterhundertschaften aufstellen und bewaffnen würde, zum Kampfe gegen etwa rebellierende Heerestelle und Faszistenbanden.

Fünfte Frage: Die Sozialdemokratie hat geschworen, sie werde einesteils den passiven Widerstand an der Ruhr fortsetzen, andererseits mit Frankreich verhandeln, um zu einem „guten Abschluß" zu kommen. Wir fragen: Mit welchen Mitteln will die Sozialdemokratie an der Ruhr kämpfen? Mit welchen ihn bezahlen? Auf welcher Grundlage mit der Entente verhandeln?

Und wir antworten: Der passive Widerstand ist ein Humbug, wenn die Unternehmer machen können, was sie wollen. Es ist unmöglich, von den werktätigen Massen zu fordern, sie sollen Widerstand leisten, wenn alle Kosten des Kampfes von ihnen selbst getragen werden sollen, damit die Unternehmer fette Profite machen können. Und mit der Entente verhandeln wird Stinnes und seine Kumpanei so, daß er gut dabei fährt.

Die Totengräber Deutschlands, die sozialdemokratischen Führer, wissen all das sehr gut. Aber sie können keine andere Politik treiben als die, die sie machen. Denn sie wissen: eine andere Politik ist nur möglich als revolutionäre Klassen-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230823-17/fragment/page=0001

politik, geführt durch eine revolutionäre Regierung, gestützt auf revolutionäre Klassenorgane.

Die Totengräber Deutschlands glauben, durch Versprechungen und Gesundbeteräume die proletarischen Massen einschläfern zu können. Sie kommen zu spät, das lebendige Deutschland wacht auf, die Arbeiter werden hellsehend und hellhörig, breite Schichten von Sympathisierenden schließen sich an — und sie alle sehen, daß ein Ausweg nur revolutionär gewonnen werden kann. Auch das wissen die MSPD.-Bureaukraten. Deshalb wird ihre Politik der Arbeiterschaft gegenüber diese sein: Spaltung und Niederknüppelung des revolutionären Vortrupps. Die alten Noskemethoden werden wieder lebendig, die sozialdemokratischen Minister werden mit Wollust den Bürgerkrieg organisieren, wie sie ihn 1918 und 1919 gegen die Revolution im Bunde mit den tollsten Weißgardisten organisiert haben. Die sozialdemokratischen Bonzen organisieren die Spaltung in den Gewerkschaften; sie organisieren Knüppelgarden gegen die revolutionären Arbeiter; sie wollen die Spaltung innerhalb jedes Betriebs, um die bürgerliche Ordnung (die Zuchthausordnung der Republik ohne Verfassung) der Republik mit dem § 48 zu retten, die sie heuchlerisch „Republik" nennen.

Aber sie kommen zu spät. Das deutsche Proletariat hat eine Führung. Die KPD. ist die Massenpartei des deutschen werktätigen Volks. Das deutsche Proletariat hat seine Klassenorgane, die Betriebsräte, die es ausbaut. Das deutsche Proletariat hat die Hungerpeitsche der famosen „Politik" der neuen (alten) Regierung über sich. Die Zeiten haben sich seit 1919 geändert. Und die sozialdemokratischen Arbeiter werden nicht mit den Noskes sein, den Lakaien und Bluthunden der Bourgeoisie.

„Diktatorische" Maßnahmen der Regierung

Die Industrievertreter mit den Halbheiten einverstanden

Trotz der Großen Koalition steigen die Preise täglich weiter. Täglich werden bereits etwa 60 Billionen Banknoten ausgegeben, um der Flut zu steuern, vergebens. Die Regierung Stresemann-Hilferding brütet schon tagelang über neue Maßnahmen und Notverordnungen, um die Dinge zu meistern. Sie fühlt, daß etwas geschehen muß; da es sonst mit ihr aus ist. Sie hatte ihre Hoffnungen auf die neuen Steuern gesetzt. Aber auf der einen Seite werden sie nur wenig eingezahlt, auf der anderen Seite werden sie durch die täglich wachsenden Ausgaben sofort zehnfach aufgezehrt.

In ihrer Not hat sie nun Aussprachen herbeigeführt mit Vertretern der Industrie und mit den Parteiführern. Sie will zu „Zwangsmaßnahmen", ja eventuell zur „Diktatur" greifen. Es wird ein Mäuslein werden, das der kreisende Berg gebiert. Das kann schon daraus geschlossen werden, daß die Vertreter der Industrie, also Stinnes-Beauftragte mit den Maßnahmen der Regierung sich einverstanden erklärten. Wenn diese also der Notordnung zustimmen, dann kann man ungefähr ermessen, was dabei herauskommt. Es wird schon dafür gesorgt sein, daß der besitzenden Klasse nicht wehe getan wird.

Der Reichskanzler will „schleunigst" einen Devisenfonds schaffen, zwecks „Besserung" der Ernährungsverhältnisse und zur Stützung der Mark. Weiter sollen Maßnahmen getroffen werden, die zu einer Hebung der Ausfuhr dienen könnten; man will dadurch Devisen hereinbekommen. Dabei stehen unsere Preise vielfach über dem Weltmarktspreis!

In der Besprechung mit den Parteiführern schilderten der Kanzler und der Reichsfinanzminister die traurige Finanzlage des Reiches. Die Regierung werde gegebenenfalls vor „diktatorischen Mitteln", die zur Rettung Deutschlands dienen könnten, nicht zurückschrecken. Die Ablieferung der Devisen zur Bildung eines Devisenfonds sei jetzt dringend erforderlich. Jeder Vermögenssteuerpflichtige müsse gegen Goldanleihe Devisen abliefern. Es werde eine eidesstattliche Versicherung über die Höhe des Devisenbestandes abgegeben werden müssen, die in Zweifelsfällen durch den Eid ersetzt werden soll. Für falsche Angaben oder Unterlassungen der Angaben seien die für Meineid geltenden Strafen in Aussicht genommen und außerdem die Konfiskation des Vermögens. Die Verordnung über die Devisenabgabe werde in kürzester Frist veröffentlicht werden. — Die Parteiführer billigten die Maßnahmen der Regierung.

Wir sind uns klar darüber, daß die Regierung Stresemann-Hilferding nichts durchführen kann, das den wirtschaftlichen Zusammenbruch aufhalten könnte. Die neuen „diktatorischen" Maßnahmen werden, wie sich bald zeigen wird, in der Hauptsache auf dem Papier stehen. Wer soll denn die Maßnahmen durchführen? Etwa die bureaukratische Beamtenschaft, der kapitalistische Regierungsapparat?

Der „Vorwärts", der vorgestern noch das Verbot des Reichsausschusses der Betriebsräte mit Severing deckte, sieht sich genötigt, zu schreiben:

„Aber die Reichsregierung wird damit rechnen müssen, daß auch diese ihre empfohlenen Maßnahmen nicht ausreichen dürften, daß sie vielmehr zur direkten Beschlagnahme schreiten muß, wenn sie wirklich die Devisenbestände in die Verwaltung des Reiches übernehmen will. Sie würde dann zweifellos das ganze Volk hinter sich haben, und in den Betriebs- und Angestelltenräten eine sehr wirkungsvolle und sachkundige Unterstützung finden, wenn sie sich zu einem solchen Entschlusse durchringen würde!"

Von zweien eins! Entweder Kampf gegen die revolutionäre Betriebsrätebewegung im Interesse des Kapitals oder Kampf gegen das Kapital im Interesse der Arbeiterschaft, gestützt auf ihre Organe. Das ist die Frage, die sich die sozialdemokratischen Arbeiter vorlegen müssen. Die Führer haben sich der Großen Koalition mit Haut und Haar verschrieben. Ihr Ruf nach den Betriebsräten zeigt nur, daß sie schon heute nicht weiter wissen. Sie müssen selbst sagen, der Weg des Zwangs muß beschritten werden, die Arbeiterkontrolle ist notwendig. Reicht es bei ihnen auch nicht weiter als zu Worten, werden auch schon morgen ihre „entscheidenden Maßnahmen" lendenlahm sein, so muß diese Tatsache, daß selbst der „Vorwärts" die Betriebsräte zur Mitarbeit ruft, den letzten Arbeiter aufrütteln und ihn in die Reihen der Betriebsrätebewegung, in die Reihen der Bewegung des Kampfes um die **Sachwerterfassung und Produktionskontrolle führen. Andere entscheidende Maßnahmen gibt es nicht.**

Die neue Reichsindexziffer

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten stellt sich nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamtes für den 20. August d. J. auf das 753 733fache der Vorkriegszeit. Die Steigerung gegenüber der Vorwoche (496 935) beträgt somit 72,5 Prozent.

Stillegung der Berliner Straßenbahn

oder Säuberung der Betriebe?

Wie WTB. meldet, hat der Berliner Magistrat beschlossen, die Straßenbahn in ihrem jetzigen Betrieb stillzulegen und dem gesamten Personal zum nächsten zulässigen Termin zu kündigen. Es wird jedoch alles vorbereitet, um schnellstens den Betrieb in dem noch möglichen Umfange wieder aufzunehmen. Es ist beabsichtigt, eine rein städtische Betriebsgesellschaft zu bilden. Mit Staat und Reich sind die Verhandlungen über eine Unterstützung zur Erhaltung des Betriebes aufgenommen.

Aus dieser Meldung geht hervor, daß es mehr darum zu tun ist, eine Säuberung der Betriebe vorzunehmen. Alle mißliebigen Personen werden nicht wieder eingestellt werden. Die „rein städtische Betriebsgesellschaft" stellt jedenfalls den Beginn der Stinnesierung der Straßenbahn dar, wie man das in anderen Orten mit den sogenannten „gemischtwirtschaftlichen" Betrieben getan hat.

15fache Erhöhung der Steuerabzüge

Berlin, 22. August.

Der Steuerausschuß des Reichstags beschloß die Erhöhung der sozialen Abzüge bei der Einkommensteuer auf das 15fache des bisherigen Betrages.

Erwerbslosendemonstration in Chemnitz

(Eig. Drahtm.) Chemnitz, 23. August.

Die Chemnitzer Erwerbslosen verlangten vom Magistrat schon seit längerer Zeit die Auszahlung einer sofortigen Wirtschaftsbeihilfe. Da die Auszahlung immer wieder hinausgeschoben wurde und die Not der Erwerbslosen immer mehr stieg, zog eine Anzahl vor das Rathaus. Der Bürgermeister gab den Erwerbslosen die Zusicherung, daß in den Mittwochverhandlungen des Magistrats ihre Forderungen besprochen würden.

Solidarität der Ruhrsoldaten

TU. Aus dem Ruhrgebiet, 21. August.

Wie das kommunistische „Ruhrecho" mitteilt, sind der Kommunistischen Partei in Essen, von den französischen Soldaten 10 Millionen Mark als Ergebnis einer unter den französischen Soldaten veranstalteten Sammlung für den Kampffonds der Partei überwiesen worden.

*

Die Solidaritätsaktion der französischen Kommunisten ist nicht vergebens. Die französischen Proletarier im Waffenrock fühlten sich solidarisch mit Poincarés ärgsten Feinden, mit den kämpfenden Ruhrarbeitern. Das nennt die bürgerliche Pressehure: „Frankreich unterstützt die deutschen Kommunisten!"

Billige Fahrpreise für die Messeschieber

Leipzig, 22. August.

Eine WTB.-Meldung besagt: Der Andrang zu den diesjährigen Sonderzügen zur Leipziger Messe ist naturgemäß besonders groß, da für die Fahrpreisberechnung noch der Tarif vom 1. August in Frage kommt und die Fahrt somit nur etwa den zwölften Teil des Normalpreises kostet.

Hitler kündet den Sturz der Regierung Stresemann an

(Eigene Drahtmeldung)

München, 23. August.

In der gestern abend von Nationalsozialisten im Zirkus Crone abgehaltenen überfüllten Versammlung forderte Adolf Hitler zum Sturze Stresemanns auf. Man müsse sich von nun an zum Entscheidungskampf, der in einigen Tagen schon erfolge, vorbereiten. Es hätte keinen Zweck mehr, weiter zu warten.

Es ist bemerkenswert, daß Angehörige der Reichswehr und der Landespolizei in der Versammlung anwesend waren.

Zusammenstöße zwischen Nationalsozialisten und Polizei

(Eig. Drahtm.) München, 22. August.

Die Nationalsozialisten marschierten nach ihrer gestrigen Versammlung unter Absingung nationalistischer Lieder durch die Farrstraße heimwärts. Eine Abteilung Schutzleute, die den Zug zur Auflösung bringen wollte, wurde überfallen und davongejagt. Dann griff Landespolizei ein mit dem Erfolg, daß kurz darauf ein großer Trupp Nationalsozialisten mit aufgerollten Fahnen an der Polizeidirektion vorbei durch den Bannkreis marschieren konnte.

Die „Demokratie" im Schwabenlande

(Eig. Drahtm.) Stuttgart, 22. August.

Die württembergische Regierung hat den auf den 25. und 26. August einberufenen Parteitag in Stuttgart verboten. Auch die dem Parteitag vorangehende Funktionärkonferenz wurde verboten.

Die württembergische Regierung erweist sich immer mehr als Schrittmacher Hitlers und erweist sich damit als reines Faszistenkabinett.

Produktionssabotage der Kapitalisten in Ostpreußen

(Eig. Drahtm.) Königsberg, 22. August.

Die Insterburger Farbwerke haben ihren Betrieb eingestellt und die Belegschaften ausgesperrt. Als Grund werden die angeblich hohen Löhne bezeichnet. Auch in Marienwerder und anderen Städten werden Massenentlassungen von Arbeitern vorgenommen.

Generalstreik der tschechischen Bergarbeiter

(Eig. Drahtm.) Prag, 22. August.

Auf allen Zechen der Tschechoslowakei ist die Arbeit vollständig eingestellt. Der Bergarbeiterstreik ist vollkommen. Auf den Schächten werden nur Notstandsarbeiten verrichtet. Teilweise sind Streikposten aufgestellt. Die Ruhe ist bisher nirgends gestört. Es stehen insgesamt 120 000 Bergarbeiter im Kampf. Es ist das erste Mal, daß in der Tschechoslowakei die Bergarbeiter aller Richtungen eine Einheitsfront im Kampfe bilden.

Die interalliierte Schuldenregelung und die Reparationsfrage

Das Problem von der anderen Seite gesehen

J. D. Im Juli 1922 exportierte England für 4 082 000 Pfund Sterling Baumwollgarn nach Deutschland, im Juli 1923 für 2 200 000. Der Handel mit den Niederlanden ging von 7 Millionen auf 1 333 000 Pfund herunter. Im Juli 1922 exportierte England nach Deutschland über 12,5 Millionen Yards, nach den Niederlanden 6,75 Millionen, im Juli 1923 etwas unter 2,5 Millionen Yards und nach den Niederlanden weniger als 2 Millionen. Der Handel mit Baumwollgarnen und -stoffen nach der Schweiz nahm um 13 Millionen Yards ab gegenüber dem Vorjahr. Der Gesamtexport in Baumwollgarnen und -stoffen betrug im Juli 1923, gemessen an dem schlechten Konjunkturmonat Juli 1922, nur noch ein Viertel.

Das Problem der Reparationszahlungen ist, unter den Alliierten, ein Problem der gegenseitigen Schuldenregelung. Englands wirtschaftliche Situation ist durch den oben gegebenen Ausschnitt, der nur die Baumwolle verarbeitende Industrie betrifft, ziemlich kraß beleuchtet. Englands Interessen erfordern eine Hebung des Ausfuhrhandels. Diese Hebung kann nur zustande kommen, wenn erstens in Europa sogenannte normale Verhältnisse geschaffen werden, wenn zweitens auf dem Weltmarkt sogenannte normale Verhältnisse geschaffen werden und wenn drittens die Schuldenfragen zwischen England und Amerika einerseits und England und Frankreich andererseits irgendwie geregelt sind. Wie steht es mit dieser Regelung?

Englands Standpunkt ist besonders klar gekennzeichnet in einem sehr weinerlichen Artikel des „Manchester Guardian" vom 17. August. Der Artikel beginnt mit einem Zitat aus der Balfour-Note, worin der Widerspruch zwischen der Hochherzigkeit der Politik, die sozusagen der englischen Diplomatie angeboren sei, und der Notwendigkeit, die Schuldner an ihre Schulden zu mahnen, bedauernd festgestellt wird. Darauf beginnen die tiefsinnigen Betrachtungen des liberalen Handelsblattes, dessen Gedankengang ungefähr dieser ist: England will die Gesamtsummen, welche sowohl von Deutschland, wie auch von den anderen Schuldnern Englands zu verlangen sind, fixieren. Die deutschen Fragen sind dadurch zu regeln, daß man eine internationale und vor allem interalliierte Schuldenregelung zustande bringt. „Kriegsanleihen kann man betrachten entweder als verbindliche Handelsverpflichtungen oder aber als Beiträge für den gemeinsamen Sieg"; dieser zweiten Standpunkt möchte das Blatt der Baumwollfabrikanten aus „moralischen und wirtschaftlichen Gründen" vorziehen. „Aber es ist schwer möglich, anzugeben, daß dieses Prinzip von einer Gläubigernation allein angewendet werden kann oder soll, und England ist die einzige Gläubigernation, die bereits bekundet hat, daß sie dieses Prinzip anzuwenden bereit ist." Das „Aber" ist: „die Rückzahlung der eigenen Schulden an Amerika". Deshalb wünscht England, daß Frankreich und Belgien zu einem vernünftigen Arrangement mit Deutschland kommen.

Der Gedankengang ist nicht verwickelt: die englischen Imperialisten sind „großmütig" bereit, die Schulden der anderen England gegenüber so stark herabzusetzen, daß — wenigstens die englischen Schulden an Amerika bezahlt werden können. Sie machen dabei die französischen Rentner darauf aufmerksam, daß, was sie auch aus Deutschland herauspressen, falls die Schulden nicht herabgesetzt werden, nur verdammt wenig übrig bleibt zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete. Daher reden sie den Franzosen zu wie einem kranken Pferd: sie sollen vernünftig werden. Und in demselben Atem betonen sie immer weinerlich: wir müssen doch an Amerika zahlen. Sie drohen auf der einen Seite, daß Deutschland desto zahlungsunfähiger wird, je länger das Ruhrgebiet besetzt bleibt, auf der anderen Seite ermutigen sie die deutschen Regierungen, den Widerstand aufrechtzuerhalten, und gleichzeitig erklären sie, daß sie von ihren Schuldnern die Schulden eintreiben müssen, wenn Amerika von England Zahlung verlangt. Aber Frankreich hat, wie der „Manchester Guardian" am 13. August schreibt, „nicht den geringsten Willen, seine Schulden zu zahlen". Was soll nun getan werden?

Die Franzosen antworten darauf fortlaufend im offiziösen „Temps". Da heißt es zunächst, daß die englische Regierung „die Gesamtheit ihrer Forderungen fixiert und erklärt hat, daß sie ihre alten Verbündeten und ihre alten Feinde als solidarische Schuldner betrachtet". Das ist natürlich, französisch gesehen, eine glatte Durchbrechung der Entente. Kommt hinzu, daß die Engländer als Forderung an Deutschland 14,2 Goldmillionen stellen, und daß die Frage für die Franzosen jetzt diese ist: genügt das oder genügt das nicht? Dazu kommt wiederum die leidige Zahlungsfrage: „Frankreich lebt unter der Drohung, einen Teil desselben zahlen zu müssen, was Deutschland nicht bezahlen wird, und umgekehrt ist Deutschland in der Versuchung, soviel Zahlungen wie möglich auf Frankreich abzuwälzen. „Was kann dabei herauskommen?" Der „Temps" erklärt: „Die deutsche Krise wird zur Katastrophe werden", und der „Temps" meint das nicht demagogisch. Er hat vollkommen recht. Auf der anderen Seite verstehen die französischen Imperialisten sehr gut, worum es sich handelt: „einerseits muß England ein Äquivalent für das bekommen, was es an die Vereinigten Staaten zu zahlen versprochen hat; andererseits sind die Nationen des europäischen Kontinents gemeinsam daran interessiert, sich so schnell wie möglich von den Verpflichtungen England gegenüber zu befreien". Beim Suchen nach den Mitteln zu dieser Befreiung verfällt der „Temps" auf die pöbelhaftesten Ausswege: er zitiert zum Beispiel den deutschen Bankfachmann Landburg, der eine Einnahmequelle von 50 Goldmilliarden durch irgendeine phantastische Rechnung aufweist; und das Blatt der französischen Imperialisten stellt fest, daß von diesen 50 Milliarden an England nach dem Schlüssel der Reparationskommission 11 zu zahlen sind, so daß von der Forderung von 14,2 Milliarden nur noch 3,2 übrigbleiben, die man „irgendwie" leicht auftreiben könnte. Andererseits macht das Imperialistenblatt denselben Vorschlag, den die Engländer machen, nur daß in diesem Fall von Amerika verlangt wird, es solle die Schulden nachlassen: „vielleicht wird Amerika einverstanden sein, das Opfer anzuerkennen, welches die Nationen des europäischen Kontinents bringen würden und ihnen die Zahlungen Großbritanniens an die amerikanische Schatzkasse zur Verfügung stellen; so hätte die ganze Welt eine gewisse Befriedigung".

Wie man sieht, ist die Reparationsfrage seit 4 Jahren nicht um einen Schritt vorwärts gekommen. Immer noch trampeln die Regierungen der Imperialisten auf demselben Fleck herum und jede macht der anderen den Vorschlag, großmütig zu sein und die Schulden an den anderen zu erlassen. So haben wir eine geschlossene Kette: Deutschland bittet Frankreich, die Summen heruntzuzusetzen; Frankreich fordert Amerika auf, auf seine Gelder zu verzichten; England verlangt von Frankreich, es soll von Deutschland nur soviel fordern, daß England an Amerika zahlen kann. Und Deutschland ist bei alledem nichts als ein Schacherobjekt.

Kann nun Deutschland, gesehen von Frankreich aus, überhaupt zahlen? Der „Temps" macht eine gewisse Rechnung auf. Es sind in Deutschland bereits einige wertbeständige Anleihen in Umlauf: für 2 742 000 Dollar Roggenanleihe oder Getreideanleihe, für 3 040 000 Dollar Kohlenanleihe, für 1 185 000 Dollar Schieferanleihe und für 52 517 200 Dollar Goldanleihe. Das gibt insgesamt 60 Millionen Dollar oder 252 Millionen Goldmark-Anleihen, die Häfte dessen, was die neue, noch unter Cuno beschlossene wertbeständige Anleihe liefern soll. Dieser neuen Anleihe gegenüber ist die französische Presse sehr skeptisch. Auf die englischen Bankhäuser, die dem Hamburger Hafen etwas pumpen, aber dem bankrotten Deutschen Reich nichts pumpen werden, ist keine Hoffnung zu sehen. Was bleibt übrig?

Und der „Temps" sagt bei einer Analyse der Stresemannschen Prahlereien im Reichstag:

„Entweder findet die neue Reichsregierung ein Mittel . . . den Ruhrkonflikt schnell beizulegen, dann wird sie die notwendige Autorität bewahren können, um die Landesfinanzen gesund zu machen; oder aber sie wird es für geschickter halten, die Regelung der Ruhr- und Reparationsfragen aufzuschieben, wobei sie sich sagen wird, daß die Gesundung der deutschen Finanzen zunächst vollbracht werden muß und daß die gesunden Finanzen schließlich eine Masse sein können, um die Franzosen fortzujagen und nicht nur eine Quelle, um sie zu bezahlen: dann wird der Ruhrkonflikt weiterhin in die deutschen Finanzen seinen Abgrund hineinbohren. Die behauptete Gesundung wird unmöglich werden, und das Kabinett Stresemann wird fallen unter den Stößen der privilegierten Kaste, die es besteuern will und der Massen, die infolge der Teuerung verzweifeln."

Das sind die melancholischen Betrachtungen führender imperialistischer Blätter über die europäische Lage. Dazu kommt noch, daß allerlei Schwierigkeiten entstehen zwischen Amerika und England trotz des Versuchs beider Großmächte, für eine Zeit gemeinsam zu gehen.

Für Deutschland besteht nur dann eine Möglichkeit, aus dem Abgrund, in den es gerät, ob es nun sich an die eine oder die andere europäische Großmacht anschließt, zu retten, wenn das Proletariat die Macht in seine eigene Hand nimmt und beginnt, die Politik Deutschlands selbst zu führen. In die labilen Verhältnisse Europas und schließlich der ganzen Welt, würde dann eine entscheidende Wendung hineingetragen werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230823-17/fragment/page=0002

Noskes Blutregiment in Hannover

(Eigener Bericht)

Berlin, 22. August.

Unsere Genossen im Preußischen Landtag haben zu den ungeheuerlichen Vorkommnissen in der Stadt Hannover eine Große Anfrage gestellt, aus der die Einzelheiten der Noskeschen Willkürakten ersichtlich sind. Wir bringen hier die wichtigsten aus der Anfrage:

Noske ist immer noch im Amt. Die Warnungen der Großen Anfrage vom 27. Januar 1923 vor zu erwartenden **neuen Blutiaten Noskes** sind von der Staatsregierung unbeachtet geblieben. So konnte Noske seine in öffentlicher Versammlung ausgesprochene Hoffnung und Drohung, bei erster Gelegenheit unter der Arbeiterschaft Hannovers ein großes Blutbad anrichten zu wollen, jetzt in furchtbare Wirklichkeit umsetzen.

Als am 11. August die Arbeiter der Hannoverschen Großbetriebe friedlich zum Hause des Arbeitgeberverbandes zogen, um das Ergebnis der Lohnverhandlungen zu erfahren, gab **Noske seinen monarchistischen Offizieren den Befehl, sofort**

rücksichtslos in die anmarschierenden Arbeiter hineinhauen und hineinschießen

zu lassen. Dem Major Lampe, der vor dem Hause des Arbeitgeberverbandes befahl, ohne Anwendung der Waffe die Arbeiter zum Weitergehen zu veranlassen, entgegnete der Hauptmann Menne in Gegenwart der Betriebsfunktionäre, daß er sich diesem Befehl nicht fügen könne, da er von Noske persönlich besonderen Befehl habe, **sofort mit der Waffe vorzugehen.** Menne ging dann auch gegen die Arbeiter und friedlichen Passanten besinnungslos vor, tötete zwei Arbeiter und verletzte zahlreiche Männer und Frauen. An anderen Stellen ritten Bewaffnete in regelrechter Attacke auf Arbeiter und Passanten los. Einer der Offiziere, der besonders blutige Arbeit leistete, war der Oberleutnant Danker, erst vor kurzem **wegen monarchistischer Betätigung aus der Reichswehr entlassen, jetzt von Noske in die Schupo berufen. Noske selbst stand abends, offenbar im Zustande sinnloser Betrunkenheit, auf der Nordmannstraße und feuerte die Schupo zu schärferem Dreinhauen an.** Nicht ein einziges Mal wurde die Schupo angegriffen; kein einziger Schupobeamter ist auch nur leicht verletzt worden. Dagegen wurden nach den bisherigen Feststellungen

fünf Arbeiter getötet und über achtzig schwer verletzt.

Als die Arbeiterschaft Hannovers den Getöteten die letzte Ehrung erweisen wollte, ließ Noske durch den Polizeipräsidenten von Hannover erklären, daß er **jeden Zug zum Friedhof** und sogar jeden geschlossenen Gang einer Deputation „zusammenhauen" lassen werde. Selbst noch an den Leichen ließ Noske seine Wut aus. **Sie wurden den Ratten preisgegeben.**

Am 12. August drangen auf Befehl Noskes Schupooffiziere in den Druckerei-Betrieb der „Niedersächsischen Arbeiterzeitung" und entfernten aus sämtlichen Maschinen Maschinenteile, so daß die Druckerei völlig stillgelegt war. Als die Kommunistische Partei am 13. August in einer anderen Druckerei ein Flugblatt herstellen ließ, ließ Noske am 14. August das Setzerpersonal der „N. A.-Z.", in der das Flugblatt gar nicht gesetzt war, verhaften und ins Gefängnis abführen. Am 13. August ließ Noske den Geschäftsführer der Zeitung zu sich kommen und eröffnete ihm, daß der Reichsminister des Innern Sollmann sich von **ihm habe bestimmen lassen, auf Grund einer früheren Nummer der „N. A.-Z." diese auf 14 Tage zu verbieten,** jedoch mit der Anheimgabe, das Verbot zu verkürzen, wenn er (Noske) es für angebracht halte. Er wolle das Verbot verkürzen, **wenn die „N. A.-Z." unter die rechtswidrige Schließung des Betriebes, die Verhaftung der Setzer usw. „einen Strich ziehe" und auf Beschwerde, Rechtsmittel usw. verzichte.** Diese unerhörte Zumutung wiesen die Vertreter der „N. A.-Z." natürlich entrüstet zurück.

Am 14. August nachmittags sollte unter Vorsitz des Oberbürgermeisters Leinert eine Sitzung der städtischen Kollegien zu Hannover stattfinden, für die der Abgeordnete Katz als Bürgervorsteher eine Anzahl Anträge eingebracht hatte, die sich auf die Notstände der letzten Tage und auf die Gewaltakte Noskes bezogen. In der Nacht auf den 14. August ließ Noske den **Abgeordneten Katz durch Schupobeamte aus seinem Bett heraus verhaften.** Erst als Reichspräsident, Innenminister und Reichstagsabgeordneter Koenen telegraphisch um Einschreiten ersucht waren und zum Protest wegen Stillegung der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke verhandelt wurde, wurde Abgeordneter Katz aus der Haft entlassen.

Ihrer Druckmöglichkeit beraubt, versuchte die KPD. Hannover durch Versammlungen zu ihren Mitgliedern zu sprechen. **Noske verbot diese Versammlungen gar nicht erst,** sondern ließ die Versammlungslokale einfach mit Stacheldraht absperren. **Zugehörigkeit zur KPD. genügt zur Verhaftung und Ueberführung in die Gefängnisse.** Noske tut ganz so, als ob die KPD. als solche verboten ist.

Wie lange noch will die Staatsregierung das Willkürregiment Noskes und seiner monarchistischen Offiziere in Hannover dulden?

Was gedenkt die Staatsregierung zu tun, um Noske und seine monarchistischen Helfershelfer wegen der Tötung und Verwundung unschuldiger Arbeiter, der ungesetzlichen Gewaltaten gegen die kommunistische Presse und Partei, die willkürliche Verletzung der Abgeordnetenimmunität zur Bestrafung zu ziehen?

Oder will die Staatsregierung warten, **bis die steigende Erbitterung der von Noske geknechteten Arbeiterbevölkerung zu wilder Selbsthilfe zwingt?**

Faszistische Attentate

Münster, 22. August.

In der letzten Nacht wurde ein französischer Posten von einem Unbekannten durch einen Schuß in den Arm verletzt. — Im Walde bei Osterfeld wurden in der Nacht zum 19. August auf ein belgisches Lastauto zwanzig Schüsse abgegeben. Infolgedessen wurde die Schließung aller Wirtschaften in Osterfeld bis zum 15. September und die sofortige Abholzung eines 50 Meter breiten Waldstreifens zu beiden Seiten der Fahrstraße angeordnet. Das Betreten der Wälder des besetzten Gebietes in der Nachtzeit ist verboten worden.

*

Da jammert man immer über die Leiden der Ruhrbevölkerung. Durch solche sinnlosen Attentate werden aber die Leiden nicht gemildert, sondern nur noch verschlimmert. Und das will man ja, um die Bevölkerung in eine Rachestimmung zu versetzen.

Die Arbeiter schützen ihre Presse

Der Preiswucher der Papierfabriken droht die Arbeiterpresse zu erdrosseln. Die Verlagsleitungen der Arbeiterzeitungen haben an ihre Leserschaft einen Aufruf gerichtet zur Sammlung von Geldern, um im Ruhrgebiet und Süddeutschland die Zerstörung ihrer Sprachorgane zu verhindern. Die Arbeiter haben an verschiedenen Orten ihre proletarische Opferfreudigkeit bereits durch die Tat bewiesen:

Die **Düsseldorfer Arbeiterschaft** hat für die **kommunistische Tageszeitung „Freiheit"** in Düsseldorf in kurzer Zeit **198 529 055 Mark** gesammelt.

Das **Essener „Ruhrecho"** (KPD.) das eine Papieranleihe eingeleitet hat, hat von der Arbeiterschaft bis jetzt **62 300 000 Mark** zur Verfügung gestellt bekommen.

In **Stuttgart** spendete die Belegschaft einer Lederwarenfabrik für den Pressefonds der dort erscheinenden kommunistischen Tageszeitung **7 500 000 Mark.**

Ausland

Zusammenstoß englischer und amerikanischer Interessen in Kanada

Die Kämpfe zwischen dem englischen und amerikanischen Imperialismus, die im nahen und fernen Osten für eine gewisse Zeit beigelegt worden sind, müssen trotzdem an einer anderen Stelle ausgetragen werden, nämlich in Kanada. Bei der Entwicklung der Reparationsfrage in Europa wird auch jenem Zusammenstoß die notwendige Aufmerksamkeit gewidmet werden müssen.

1911 waren in Kanada 372 541 000 Dollar englisches Kapital investiert. 1913 kamen noch 120 Millionen dazu. Das Kapital der Vereinigten Staaten betrug damals in Kanada nur 5 Millionen Dollar. Während des Krieges änderte sich das Verhältnis gründlich. 1922 betrug nach einem Bericht der Canadian Pacific Railway Company die Summe der in Kanada investierten amerikanischen Kapitalien 261 Millionen Dollar. Es gibt in Kanada jetzt 1000 bis 1200 großer Fabriken, die Tochterfabriken amerikanischer Gesellschaften sind.

Bergarbeiterstreik in Amerika. Die Konferenz der Bergwerksbesitzer und Bergarbeiter, die darüber verhandelte, wie sich der drohende Bergarbeiterstreik vermeiden lasse, wurde abgebrochen, da sich die Bergwerksbesitzer endgültig geweigert haben, die von den Bergarbeitern geforderten Lohnerhöhungen zu bewilligen. Der Vorsitzende des Bergarbeiterverbandes hat daraufhin die Niederlegung der Arbeit für den 1. September verkündet.

Gewerkschaftsbewegung

Wie die Buchdrucker betrogen werden

Bekanntlich hatten die mitteldeutschen Buchdruckunternehmer beschlossen, den gesamten Personalen zu kündigen resp. mit diesen einen „Regionaltarif" abzuschließen, d. h. sie wollten weniger bezahlen, als der neue Tariflohn beträgt, der auf Grund der Indexzahlen festgesetzt war. Man konnte nun eigentümlicherweise gespannt darauf sein, wie gegenüber diesen provokatorischen Maßnahmen die Gewerkschaftsbureaukraten sich verhalten würde, wie diese die eben erst eingeführten „wertbeständigen" Löhne verteidigen würde. Die Probe aus Exempel ist bereits gemacht — die Arbeitervertreter haben versagt, die Buchdrucker sind die Betrogenen. Vom Verband der Buchdrucker, Gauverein „An der Saale" erhalten wir eine Zuschrift, in der es u. a. heißt:

Unter Leitung des Regierungspräsidenten und Demobilmachungs-Kommissars, Dr. Pohlmann, fanden am 22. August in Magdeburg **Verhandlungen zwischen den Organisationsvertretern des Buchdrucker- und Hilfsarbeiterverbandes und des Bezirksvereins der Prinzipalsorganisation statt.** Auf Grund des zwischen den Vertragsparteien des Deutschen Buchdruckertarifes (der inzwischen mit Wirkung vom 1. Mai 1923 an von Reichsarbeitsministerium als allgemein verbindlich erklärt worden ist) abgeschlossenen Lohnabkommens für die Zeit vom 18. August bis 31. August wurde folgende Vereinbarung für die Stadt Magdeburg getroffen:

„Für die Lohnwoche vom 18. bis 24. August werden einschließlich etwa bereits geleisteter Vorauszahlungen ⅔ des Tariflohnes am Freitag, dem 24. August, gezahlt. Das restliche ⅓ des für diese Woche gültigen Lohnes wird am Dienstag, den 28. August, zur Auszahlung gebracht. In gleicher Weise soll die Lohnzahlung für die Lohnwoche vom 25. bis 31. August, für die die Löhne zentral noch zu vereinbaren sind, erfolgen und zwar mit ⅔ des Tariflohnes am 31. August und mit ⅓ des restlichen am 4. September.

Die ausgesprochenen Gesamtkündigungen werden zurückgezogen."

Die Unternehmer haben also erreicht, was sie wollten. Für die Lohnwoche vom 18. bis 24. August brauchen sie nur ⅔ des **vereinbarten Lohnes** zu zahlen; dasselbe Spiel wiederholt sich in der nächstfolgenden Woche. Die Buchdruckergesellen können zu zusehen, wie sie mit der Teilzahlung auskommen. Die Organisationsvertreter sind dem Kampfe ausgewichen, obwohl sie selbst nicht daran geglaubt hatten, daß die Unternehmer ihre Betriebe schließen würden. Natürlich werden die anderen Unternehmer dem Magdeburger Beispiel folgen. Aber die Gelackmeierten sind auf jeden Fall die Buchdruckergehilfen.

Zur internationalen Konferenz der Schuh- und Lederarbeiter

Am 10. September findet in Dresden der Kongreß der Internationalen Union der Schuh- und Lederarbeiter statt. Einer der wichtigsten Tagesordnungspunkte auf diesem Kongreß bildet die Frage: „Der Kampf der Unternehmer gegen den Achtstundentag." Hier wird der Kongreß zu beweisen haben, ob er die Situation, in der er zusammentritt, erkannt hat und ob die Union der Schuh- und Lederarbeiter gewillt ist, die ihr angeschlossenen Organisationen zum Kampf gegen das internationale Kapital aufzurufen. Die internationale Offensive der Unternehmer zwingt die Arbeiterschaft zum einheitlichen Kampf. Der Antrag der russischen Lederarbeiter zur Herstellung der internationalen Kampffront und zur Aufnahme ihrer sowie aller revolutionären Schuh- und Lederarbeiterverbände der ganzen Welt wird zeigen, ob die Union gewillt ist, nicht nur in Worten, sondern auch in Taten eine einheitliche Internationale der Schuh- und Lederarbeiter zu zusammen.

Bis heute ist jeder Versuch der russischen Lederarbeiter, dieser einheitlichen Internationale näherzukommen, von den reformistischen Organisationen mit allen Mitteln sabotiert worden. Die Wahl der Delegierten zum Kongreß gibt den Mitgliedern die Möglichkeit und die Pflicht, mit den Reformisten, den Zersplitterern der Internationale, abzurechnen und nur solche Delegierte zu wählen, die gewillt sind, alle Kräfte für die Schaffung einer einheitlichen Internationale der Schuh- und Lederarbeiter einzusetzen.

Aber nicht nur international, sondern auch national muß mit den Zersplitterern der Organisationen der Schuh- und Lederarbeiter aufgeräumt werden. Immer noch bestehen in Deutschland drei getrennte Organisationen. Ist auch durch den Beschluß des letzten Sattler-Verbandstages die Frage von neuem aufgerollt worden, so ist die Herstellung eines Industrieverbandes über die Diskussion nicht hinausgekommen. Der Kampf der Unternehmer tritt uns immer mehr zur Schaffung einer einheitlichen Industrieorganisation. Der Kongreß muß aus diesem Grunde mit der Zersplitterung der Kräfte in Berufsverbänden aufräumen und konkret die Schaffung von Industrieverbänden von den nationalen Sektionen fordern.

Die Verelendung der Arbeiter und die tagtäglich ausbrechenden Kämpfe zeigen, daß trotz aller Sabotage der Reformisten die einheitliche Kampffront wächst. Der letzte Generalstreik hat dies von neuem mit aller Deutlichkeit bewiesen. Nur durch die Sabotage der Reformisten konnte das von den Streikenden aufgestellte Ziel nicht erreicht werden. Alle Mittel wurden von seiten der Reformisten angewandt, um die im Kampfe stehenden Arbeiter zu schwächen und so den Kampf zu einer Niederlage zu bringen. Die von allen Mitgliedern mühsam geleisteten Beiträge wurden benutzt, um Flugblätter, die zum Streikbruch aufriefen, herzustellen. Damit haben die reformistischen Gewerkschaften den Stab über sich selbst gebrochen.

Damit aber nicht genug, sollen jetzt die Gewerkschaften, die sich einmütig hinter die Streikenden stellten, durch die Reformisten gemaßregelt werden. So wird schon vom Hauptvorstand der Schuhmacher versucht, den Vorsitzenden des Schuhmacherverbandes der Zahlstelle Berlin, den Kollegen Hörz, abzusetzen, weil er einen Aufruf für den Generalstreik gemeinsam mit anderen Gewerkschaften unterschrieben hat. Nur durch das einheitliche Zusammenstehen aller Arbeiter, und vor allen Dingen der Schuhmacherkollegen, wird dieses verbrecherische Vorgehen der Reformisten gegen die wirklichen Führer der Arbeiterschaft gebrochen werden.

Der Kongreß der Schuh- und Lederarbeiter muß zu diesen Fragen Stellung nehmen. Er kann aber nur diese Fragen im Interesse der Arbeiterschaft entscheiden, wenn Delegierte zum Kongreß gesandt werden, die bereit sind, mit allen Mitteln die Interessen der Schuh- und Lederarbeiter zu vertreten.

Sie drohen mit der Spaltung

Das Korrespondenzblatt des ADGB. schreibt in seiner Nummer 33 unter der Ueberschrift „Generalstreik" folgendes:

„Wo eine solche Scheidung der Geister eingetreten ist, ist es nur schädlich, eine äußere Verbindung aufrechtzuerhalten. Hier müssen Schritte gemacht werden, um eine Gesundung herbeizuführen.

Es hat gar keinen Zweck für die Gewerkschaften, der nummerischen Stärke zuliebe Schädlinge zu dulden, die den ganzen Körper zerstören."

Hier wird von den reformistischen Geistern offen und klar mit der Spaltung gedroht. Sie, die sonst zetern über Parolen der „Moskauer Spaltungstaktik" und ähnliches, entlarven hiermit, wo die wirklichen Spalter sitzen. Das Wasser steht ihnen an der Kehle, sie bangen um ihre Pöstchen. Sie sehen die proletarische Einheitsfront, die sich über ihre Köpfe bildet und suchen für sich zu retten, was zu retten ist.

Die Arbeiter werden ihnen die richtige Antwort geben.

An alle Buchdrucker! Die Belegschaft der Firma Scherl steht noch im Kampfe, weil die Firma Maßregelungen beabsichtigte aus Anlaß des Berliner Kampfes. Organisiert sofort Sammlungen. — Adresse folgt.

Vom Tage

Blutige Gemeinderatswahlen. Wie aus Belgrad gemeldet wird, kam es bei Gemeinderatswahlen in Mitrowitza zu blutigen Zusammenstößen zwischen Nationalisten und Muselmanen. Auf seiten der Nationalisten wurden sieben Mann getötet und 25 schwer verletzt, auf seiten der Muselmanen wurden fünf getötet.

Absturz eines Touristenautos. Ein Touristenauto, das von Nizza aus siebzehn amerikanische Touristen und eine Dame beförderte, stürzte, nach einer Drahtmeldung, auf der Alpenstraße zwischen Nizza und Grenoble, etwa 100 Kilometer von Nizza entfernt, infolge Ueberschlagens in eine tiefe Schlucht. Von den 17 männlichen Passagieren waren sechs sofort tot, die übrigen elf verletzt worden, ebenso der Chauffeur. Nur die an dem Ausflug teilnehmende Dame ist wie durch ein Wunder unverletzt geblieben.

Protestiert gegen das Schandverbot Severings!

Arbeiter und Arbeiterinnen, Betriebsräte!

Mit ungeheurer Wucht habt Ihr Euch gegen die Schand- und Mißwirtschaft der Cuno-Regierung, gegen die Wucherer- und Plünderersreiheit und die schamlose Ausbeutung des Proletariats erhoben. Eure Gewerkschaftsführer, die Bureaukraten der VSPD. hatten Euch im Stiche gelassen. Sie haben nichts unternommen, um Euch vor dem Untergange zu retten. Sie duldeten, daß Euch die Kapitalisten ausplünderten, die Preise erhöhten und Euren Lohn durch die unverschämte Geldentwertung immer tiefer drückten. Eure berufenen Instanzen unternahmen nichts, um Eure Lage zu bessern, bis Ihr selbst Euch erhobt, und auch da noch ließen Euch Eure Instanzen im Stich und schlugen sich auf die Seite der Bourgeoisie, der Stinnesrepublik. Nur der Reichsausschuß der Betriebsräte trat auf Eure Seite, der Fünfzehner-Ausschuß führte Eure Bewegung.

Euer gewaltiger Aufstand hat den Stinneskanzler Cuno zum Teufel gejagt. Die Unternehmer wurden gezwungen, Euch einen Teil Eurer Forderungen zu bewilligen. Ohne den Verrat der Instanzen hätte Euer Kampf zum vollen Siege führen müssen. Die Bourgeois-Regierung stand ratlos. Die Ausbeuter und Plünderer erzitterten vor Eurem Aufmarsch. Sie sahen die Stunde herannahen, da sie die geraubten Schätze, die aus Eurem Hunger herausgepreßten Reichtümer wieder zurückgeben müßten. Der Dolchstoß der Gewerkschaften hat Euren Sieg verhindert. Die Sozialdemokraten schwenkten, wie immer, in das Lager der Bourgeoisie. Der Regierung des Faszistenkanzlers Cuno folgte die Regierung des Aufsichtsrats Stresemann. Ihr habt den Kampf unterbrochen, um zum neuen Angriff intensiver und wuchtiger zu rüsten.

Gestützt auf die sozialdemokratischen Minister, beginnt die Bourgeoisie einen Rachefeldzug. Sie sucht Vergeltung für die schlotternde Angst, die sie vor den Arbeitern ausgestanden hat. Sozialdemokratische Lakaien leisten die Helfersdienste. Ein Sozialdemokrat, der berüchtigte preußische Minister Severing, führt den ersten Stoß gegen Euer Kampforgan.

Der Reichsausschuß der deutschen Betriebsräte, der Fünfzehner-Ausschuß der Betriebsräte von Groß-Berlin, die einzigen Organe, die im Kampfe beim Proletariat standen, sollen zerbrochen werden. Die Gewerkschaften stehen im Lager der Bourgeoisie. Die Kampfgruppe, um die sich das Proletariat sammelt, soll jetzt vernichtet werden. Die Bourgeoisie erzittert vor der Bewegung der Betriebsräte. Die Betriebsräte sollen nicht die Interessen der Arbeiter vertreten, sie sollen billige Diener den Unternehmer sein. Da sie es gewagt haben, im Kampf gegen das Unternehmertum zu stehen, will man sie zertrümmern. Die Gründe, die Severing angibt, sind fadenscheinig. Der Schlag, der geführt wird, gilt nicht einigen Berliner Vertretern der Arbeiterschaft, der Schlag richtet sich gegen die gesamte Arbeiterschaft. Mit Ausnahmegesetzen soll die Arbeiterschaft zum Hunger gezwungen werden.

Für die gesamte Arbeiterschaft gibt es auf diesen unerhörten Angriff nur eine Antwort:

Nun erst recht Sammlung unter dem Banner des Reichsausschusses!

Hinweg mit den Verrätern des Proletariats!

Arbeiter, Angestellte, Beamte! Nehmt in den Betrieben Stellung zu diesem frechen Vorstoß der Reaktion und ihrer Helfer. Das Kabinett Stresemann dokumentiert mit diesem Angriff seine Politik: Legalisierung der Faszisten, Unterdrückung der Arbeiterschaft.

Beruft Betriebsversammlungen ein! Protestiert gegen das Verbot!

Fordert die sofortige Rücknahme desselben! Organisiert die Front gegen alle Feinde und Verräter!

Für die Bewegung der Betriebsräte!

Gegen Stresemann und Sippen!

Gegen die Koalitionsregierung!

Für die Regierung der Arbeiter und Bauern!

Landesausschuß der sächsischen Betriebsräte.

Rüstungen der Faszisten

Der Generalmajor z. D. M. Troemmer, Jena, Gartenstraße 4 putzte vor einigen Tagen eine Anzahl Waffen eigenhändig und bemerkte dabei, diese werden in Kürze gegen die „Novemberverbrecher" ausprobiert.

Am 20. Juli wurden per Bahn von Naumburg über Jena nach Saalfeld vier Panzerautomobile transportiert.

Darf man fragen, wohin und zu welchem Zweck die Panzerautomobile befördert wurden?

Wird sich die Polizei des sozialdemokratischen Polizeiministers Herrmann in Thüringen die Waffen des Generalmajors ansehen?

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230823-17/fragment/page=0003

Aus der Provinz

Reichskredite für die Gemeinden

Eine WTB.-Meldung besagt:

In Verfolg der Besprechungen der kommunalen Spitzenverbände beim Reichsfinanzminister sind bereits Kreditmittel vom Reiche den Ländern, welche Anträge gestellt haben, zur Verfügung gestellt, so insbesondere Preußen. Die Auszahlung soll dezentralisiert durch die Regierungspräsidenten erfolgen und so beschleunigt werden, daß die Gemeinden in die Lage versetzt werden, die in dieser Woche fälligen Gehalts- und Lohnzahlungen entsprechend den vom Reich festgesetzten Teuerungsziffern auszuzahlen.

Die Botschaft hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube, daß das Reich den Gemeinden wirksam helfen könnte, denn das Reich befindet sich selbst in der größten Klemme.

Landarbeiter-Konferenz

Am Sonntag, dem 19. August, fand in Halle eine Landarbeiter-Konferenz statt. Aus allen Kreisen Mitteldeutschlands waren die Vertreter der Union, des Deutschen Landarbeiter-Verbandes, des Magdeburger Land- und Waldarbeiter-Verbandes, sowie Vertreter der Reichszentrale zusammengekommen, um über Maßnahmen zu beraten, die geeignet sind, der vollständigen Verelendung des deutschen Proletariats, dem Hungertode von Millionen und aber Millionen von Proletariern ein entschiedenes Halt entgegenzusetzen. Von allen Delegierten wurde die Notwendigkeit des Zusammenschlusses aller Landarbeiter in einer einheitlichen Reichsorganisation anerkannt. Folgende Entschließung fand einmütige Annahme:

Die am 19. August 1923 in Halle tagende Konferenz der oppositionellen Gruppen der Landarbeiter, sowie der Vertreter der Union, Gruppe Land- und Forstwirtschaft, hält angesichts der Gefahr der völligen Verelendung der Landarbeiter es dringend geboten, alle revolutionären Gruppen und Organisationen der Landarbeiter zu einer einheitlichen revolutionären Landarbeiterorganisation zusammenzufassen. Die Konferenz erklärt sich deshalb grundsätzlich mit der Verschmelzung mit dem LVWV einverstanden, die auf einer spätestens in drei Wochen einzuberufenden Reichskonferenz aller revolutionären Landarbeitergruppen endgültig vorgenommen werden soll. Die Vorstände werden beauftragt, in ihren Ortsgruppen die Kollegen über die Notwendigkeit des Zusammenschlusses aufzuklären und alle Vorbereitungen zur Reichskonferenz zu treffen.

Sollte unter den Landarbeitern die Tendenz zum Austritt aus dem DLV. vorherrschend sein, so müßte dies unbedingt verhindert werden. Der Kampf gegen die Gewerkschaftsbureaukratie darf kein Kampf gegen die Gewerkschaften werden. Diese gilt es zu erobern und dem schädlichen Einfluß der Verbandsbureaukraten zu entreißen. Daran zu arbeiten, muß Aufgabe aller oppositionellen Gewerkschaftsgenossen sein.

*

Landarbeiter-Versammlungen

Oeffentliche Landarbeiterversammlungen finden in den nächsten Tagen statt. Am Freitag, dem 24. August, abends 8 Uhr, in Brasledt und Umgebung im Restaurant Koch. — Am Sonnabend, dem 25. August, abends 8 Uhr, für Reuß und Umgebung und Sonntag, dem 26. August, nachmittags 2 Uhr, für Klein-Lissa und Umgebung im Restaurant Mönzel. Tagesordnung in allen Versammlungen: „Sein oder Nichtsein des Landproletariats." Referent: Ackermann, Halle.

Rohlinge in der Reichswehr

Unser Magdeburger Parteiorgan, die „Tribüne", schreibt:

Die Halberstädter Reichswehr, über die in der letzten Nummer der „Welt am Montag" schon ein kaum glaublicher Vorfall berichtet wurde, scheint sich besonders in einer gewissen Richtung hervorzutun. Daß es gerade hier für Herrn Geßler notwendig ist, einmal nach dem Rechten zu sehen, wird folgender, uns von einem Augenzeugen berichteter Vorfall beweisen.

Am 29. April 1923, vormittags 6 Uhr, unternahmen einige junge Leute in Begleitung mehrerer Damen, darunter einiger Lehrerinnen, einen Spaziergang in die Vorberge des Harzes. Jedem der ihnen entgegenkommenden Morgenspaziergänger boten die jungen Leute nach einer bei ihnen üblichen Sitte einen fröhlichen „Guten Morgen", der jedesmal freundlichst erwidert wurde. Dasselbe wiederholte sich auch bei einem in rasender Fahrt des Weges kommenden Kutschwagen, in welchem sich Reichswehr und Zivilisten befanden. Die Antwort auf den Zuruf war ein Schlag mit der Peitsche um die Ohren des Studenten H. H. Auf Erwiderung „Holla Franz", ein nichts bedeutender Zuruf, der sein Erstaunen und seine Entrüstung zum Ausdruck bringen sollte, hielt das Gefährt plötzlich, ein Reichswehrangehöriger sprang herab, und zwar der Gefreite Poppe, und drang auf die jungen Leute, die ahnungslos waren, sofort ein. Er ergriff einen der Betreffenden, faßte ihn bei der Brust und schüttelte ihn hin und her mit den Worten: „Wer ist Franz." Die jungen Leute wehrten sich nicht, um einer Schlägerei aus dem Wege zu gehen. Der Gefreite ließ dann sein Opfer los und schlug auf den zweiten ein. Poppe, ein riesengroßer, starker und auch nach Auslage einiger Offiziere bei der Batterie als Raufbold bekannter Mann, ging so brutal vor, daß die jungen Mädchen Angst bekamen und zu vermitteln suchten. Ein Fräulein B. rief ihm zu: „Schämen Sie sich." Die Antwort war ein Faustschlag dieses Rohlings der Dame ins Gesicht, so daß sie ohnmächtig zu Boden sank. Als sich die jungen Leute nun wehrten, schrie Poppe nach seiner Waffe. Der im Wagen sitzende Tischlermeister Radisch, Mitglied des Stahlhelm-Vereins in Halberstadt, reichte ihm einen Stock, der ihm aber von den jungen Leuten aus der Hand geschlagen wurde. Beachtenswert ist insbesondere, daß der dabeistehende Oberwachtmeister fortgesetzt hetzte und als einer der jungen Leute, ein schwertriegsbeschädigter Kaufmann, versuchte, dem rohen Betragen der Reichswehr dadurch ein Ende zu machen, daß er den Oberwachtmeister, also den Vorgesetzten, bat, seine Untergebenen zurückzurufen, da er sonst beim Regiment Meldung machen würde, dieser ihn anschrie: „Ihr Kriegsbeschädigten, Ihr seid ja die größten Lumpen. Kommt nur herauf zu unserer Kaserne, dann werden wir Euch schon richtig empfangen. In zehn Tagen lebt von Euch keiner mehr." Nachdem dann noch ein anderer junger Mann von dem Rohling Poppe so vor den Leib und ins Gesäß getreten worden war, daß er beinahe ohnmächtig wurde, verließen die Helden, die von einer Feier der 3. Batterie des Artillerieregiments kamen, den Schauplatz ihrer Tat, nicht ohne vorher noch mit großen Pflastersteinen die Gruppe der Spaziergänger beworfen zu haben.

Gemeinschaft der Reichswehr mit dem Stahlhelm. Dienstpferde und Dienstwagen gemißbraucht. Harmlose Passanten verprügelt. Dafür Gehalt von unseren Steuern. Herr Geßler, was sagen Sie dazu? Sie, der Hort der neuen Koalition!

Arbeiter,
sammelt am Lohntag eifrig in den Betrieben für die Gemaßregelten!
Zeigt durch Solidarität mit den Opfern des Kampfes, daß dies Euer Kampf war.

385000 M. sind an unsere Trägerinnen für die 2. Augusthälfte auf den „Klassenkampf" **sofort zu zahlen!** Leser, erleichtert die Einkassierung und dem Verlag die Zahlungsverpflichtungen!

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg.
Bureau u. Kasse: Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 1473. — Postscheckkonto Leipzig 107001. Artur Sämisch, Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Ortsverein Halle

Frauen-Funktionäre und Ortsleitung. Freitag, 24. August, abends 8 Uhr, in der Produktiv-Genossenschaft: **Wichtige Sitzung.**

Achtung, Kassierer! Der laufende Monat muß sofort abgerechnet werden, a Konto-Zahlungen gelten nicht als Abrechnung.

Kommunistische Bekleidungsarbeiter. Sonnabend, 25. August, abends 8 Uhr, in der „Produktiv-Genossenschaft": **Sitzung.**

Kommunistische Holzarbeiter. Sonnabend, 25. August, abends 8 Uhr, in der Produktiv-Genossenschaft: **Wichtige Sitzung.**

Distrikt 20 (Kröllwitz). Freitag, 24. August, abends 8 Uhr, im „Lindenhof": **Distriktsversammlung.** Referent anwesend.

Wölberg-Wörmlitz. Das für Sonntag, 26. August, angesetzte Parteifest in Wörmlitz fällt aus.

Zentralbibliothek Halle, Burgstraße 27 (Volkspark), geöffnet Dienstags und Donnerstags, abends 6 bis 8 Uhr. Bücherverzeichnisse jederzeit zu haben: Volksbuchhandlung, Harz 42/44.

Kreis Delitzsch

Delitzsch. Freitag, 24. August, abends 8 Uhr, im „Lindenhof": **Mitgliederversammlung.** Mitgliedsbücher sind vorzuzeigen.

Kreis Merseburg

Rohnitz. Sonnabend, 25. August, abends 8 Uhr, im Parteilokal: **Mitgliederversammlung.** Jeder ist verpflichtet, zu erscheinen.

Alle Literaturobmänner

der Ortsgruppen müssen in jeder Parteiveranstaltung unsere Literatur auslegen und den Besuchern anbieten

Ortsgruppen, die noch keinen Literaturobmann gewählt haben, tun dies unbedingt in der nächsten Mitgliederversammlung.

Genossen, werbt und wirkt für unsere Bezirks-Buchhandlung, die stets ein reichhaltiges Lager in politischen, wissenschaftlichen und schöngeistigen Schriften unterhält. Auch können Schreibwaren aller Art von uns bezogen werden.

«UFA» «UFA» «UFA» «UFA» «UFA» «UFA»

Leipziger Straße 88. UT **Leipziger Straße 88.**
Fernruf 1224. Fernruf 1224.
Ab morgen, Freitag, den 24. August 1923:
Das große nordische Filmwerk
3715] (Svenska-Film der Ufa)
Berg-Eyvind und sein Weib.
Das schicksal zweier Menschen.
Drama in 7 Akten nach dem gleichnamigen Schauspiel von Joh. Sigurjonsson Regie Viktor Sjöström. — Die Handlung spielt auf Island.
Vorführung: 4.50, 7.00, 9.10.
Dienstbotennot.
Eine Geschichte für Herz und Magen in 5 Akten mit **May Allison.**
Beginn: Sonntags 3 Uhr, wochentags 4 Uhr.

Walhalla-Lichtspiel-Theater WT **Walhalla-Lichtspiel-Theater**
Ab morgen, Freitag, den 24. August 1923:
10 Akte. Nielendoppelprogramm! 10 Akte.
FERN ANDRA
in dem Drama in 5 Akten
Die Nacht der Königin Isabeau. Decla-Film der Ufa.
Außer Fern Andra wirken mit: **Fritz Kortner, Alexander Moissi, Elsa Wagner**
Dieser Film gehört zu den besten Filmen, die mit Fern Andra aufgenommen wurden.
Vorführung: 4.00, 6.30, 9.10.
Das Mädchen, das wartete.
5 Akte mit: **Albert Steinrück, Hessel Orla, Carola Toelle, Fritz Schulz, Karl Huszar.**
Die raffinierte Dame, einer Sphinx gleich, spielt Hessel Orla. Ergebenheit und Liebe, treues Aushalten verkörpert Carola Toelle. — Vorführung: 5.20, 8.05.
— Beginn: Sonntags 3 Uhr, wochentags 4 Uhr. —

Alte Promenade 11a. UT **Alte Promenade 11a.**
Fernruf 1224. Fernruf 1224.
Ab morgen, Freitag, den 24. August 1923:
LOTTE NEUMANN
in dem Drama in 6 Akten
Arme Thea.
Nach dem gleichnamigen Roman v. Rudolph Stratz. Oft ist an uns von seiten des Publikums die Bitte ergangen, dieses Lotte-Neumann-Bild vorzuführen. Ueberall, wo der Film gezeigt wurde, hat er Beifall und Anerkennung davonen Bürgt doch schon die Hauptdarstellerin für einen sehr schönen Film.
Vorführung: 4.20, 6.30, 8.40.
Charlie Chaplin in der Groteske in 2 Akten
Chaplin als Pseudograf.
Beginn: Sonntags 3 Uhr, wochentags 4 Uhr.

«UFA» «UFA» «UFA» «UFA» «UFA» «UFA»

Auf Teilzahlung
Herren-Anzüge, Herren-Winter-Ulster, Gummi-Mäntel, Damen-Kleider, Falten-Röcke 3713
Paul Sommer
Halle a. d. S., Leipziger Str. 14 I.

Exerzierplatz Telephon 8515
Straßburgers 3-Masten-Zirkus
mit 2 Manegen.
Heute u. täglich 7½ Uhr.
Proben, Vorschau: 10 – 1 Uhr.
Billetts: Steinbrecher & Jasper, Marktplatz 1. Telephon 6369 und Zirkuskasse 10 bis 1 Uhr und 1 Std. vor Beginn.
Naturalien: Für 1 Pfd. Hafer, Roggen, Weizen od. and. Getreide geben wir 1 guten Stspl., desgl. für 6 Pfd. Landbr. oder 12 Pfd. Kartoffeln.

„Drei Könige"
Das prachtvolle Augustprogramm:
Max Bemann
Zoe Sunter,
die groß. Kanonen.
Mittwoch: Kabarett und Tanz.

Burg-Theater.
Ab morgen:
Die Kamramaloff's.
7-Akter, russisches Drama
Hierzu: **Chaplin**
2-Akter 3712

Oberhemden, Einsatzhemden, Winterhemden, Nachthemden, Nachthosen,

Herrensocken, Damenstrümpfe, Ledergürtel, Hosenträger, Sockenhalter, Krawatten, Taschentücher.
Dauerwäsche-Vertrieb,
3717 **Kleiner Berlin 2.**

Hausfrauen
kauft nur bei unseren Inserenten!!

Unterstützt Euer Organ, den „Klassenkampf".

Bekanntmachung.

Die sofortige Befriedigung der Forderungen der Aerzte, Apotheker und Krankenhäuser zwingt uns, die fälligen Wochenbeiträge, soweit sie bisher auf bargeldlosem Wege (vom Bank- und Postscheckkonto usw.) abgebucht worden sind, morgen, Freitag, unmittelbar von den Herren Arbeitgebern in bar einzuziehen. Wir bitten die Herren Arbeitgeber, mit Rücksicht auf die Notlage der Kasse, um sofortige Einlösung der Quittung, evtl. um Aushändigung eines Verrechnungsschecks.

Halle a. d. S., den 23 August 1923. 3718

Der Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse.
K. Kleemann, Vorsitzender.

Bekanntmachung.

Mit Genehmigung des Bezirksausschusses in Merseburg gelangen für das Steuerjahr 1923 zur Erhebung:

a) eine **Gemeindegrundsteuer** von 35% des gemeinen Wertes der bebauten und diesen steuerlich gleichstehenden Grundstücke und 70‰ des gemeinen Wertes der unbebauten Grundstücke gemäß §§ 2 und 3 der Grundsteuerordnung = 22 650 % des Ertrages der staatlich veranlagten Grund- und Gebäudesteuer;
b) eine **Gemeindegewerbesteuer** in Höhe von insgesamt 6125% der staatlich veranlagten Gewerbesteuer, und zwar:
   1. als Lohnsummensteuer 1% der im Laufe des Steuerjahres zur Zahlung gelangenden Gehälter und Löhne gemäß § 9 der Steuerordnung und
   2. als Ertragssteuer 375% der sich aus der Steuerordnung (§ 2) ergebenden Steuersätze = 1125% der staatlich veranlagten Gewerbesteuer;
c) 1900% Gemeindezuschlag zur staatlich veranlagten **Betriebssteuer;**
d) eine **Kanalbenutzungsgebühr** in Höhe von 23 v. H. (ab 1. Juli 64 v. H.) des 20fachen Betrages der Grundmiete der Räume bezw. Grundstücke für die Zuführung von Fäkalien und 46 v. H. (ab 1. Juli 128 v. H.) des 20fachen Betrages der Grundmiete der Räume bezw. Grundstücke für die Zuführung der Wirtschaftswässer.

Die Veranlagungsrolle über die Kanalbenutzungsgebühren liegt vom **Montag, den 27. August d. Js.** ab 2 Wochen im Steuerbureau, Rathausstr. 13, zur Einsichtnahme aus. Einsprüche gegen die Veranlagung sind innerhalb einer weiteren Frist von 4 Wochen bei uns einzureichen.

Halle, den 20. August 1923. 3709

Der Magistrat.

Arb.-Schwimmverein Halle.
Unser 3710
Sommernachtsball
findet nun bestimmt statt am Sonnabend, 23. August, bei Dierschke in Dölau.
Der Vergnügungs-Ausschuß.

Baugewerkschaft Halle,
Freitag, den 24. August, abends 7 Uhr, im „Volkspark" (großer Saal):
Mitglieder-Versammlung.
Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. — Alle Mitglieder müssen erscheinen. — Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
3714] **Die Ortsverwaltung.**

Modezeitungen empfehlen die **Volksbuchhandlung.**

Von heute ab sowie fortwährend stehen
Ferkel und Läuferschweine
zum Verkauf.
H. Richter, Trotzaer Str. 80
Telephon 3752. [3711

Größte Auswahl, billigste Preise
3706] in hölzernen und eisernen
Bettstellen und Matratzen.
Bruno Baris, Halle a. d. S.
jetzt **Leipziger Straße 12.**

Gummi-Sohlen u. Absätze
Sohlleder
im Ausschnitt
M. Winkler,
Lerchenfeldstr. 22 I.

Unser Lied.
Liederbuch
mit Noten, Notenlehre, einig. Worten zum Mandolinen- und Gitarrespiel.
Ueber 250 Kampf- und Wanderlieder
Zu beziehen durch die
Bezirks-Zentralbuchhandlg.,
Lerchenfeldstr. 14

Licht-Spiele (Am Riebeckplatz) **Licht-Spiele** (Gr. Ulrichstr. 51)

Am Riebeckplatz
Ab morgen, Freitag:
Der große Feit-Spielplan anläßlich unseres **einjährigen Bestehens!**
Mabel und ihre Freier
Entzückender Gesangsfilm in 5 Akten
Mitwirkung berühmter Sänger
Bühne: Größter Lacherfolg!
Sonntagsjäger
Musikalische Groteske von J. Kalisch und G. v. Moser
Spielleitung: **Dir. W. Schur**

Gr. Ulrichstr. 51
Ab morgen, Freitag:
Weltstadt-Sitten-Großfilm
Und dennoch ward es Morgen
10 Akte aus Höhen und Tiefen der Großstadt in
zwei gewaltigen Teilen
Beide Teile zusammen in einem Programm
3716

Statt Karten.

Zurückgekehrt vom Grabe unserer lieben Tochter, Schwester und Schwägerin **Anna,** meiner lieben Braut, ist es uns besonderes Bedürfnis, allen zu danken aus nah und fern für die freundliche Teilnahme, für die Blumen und sonstigen Spenden. Besonders danken wir der lieben Jugend von Zöberitz, Möblau und Tannepöls, den Landarbeitern der Ortsgruppe Zöberitz, ferner danken wir dem Radfahrerverein „Solidarität" für das freiwillige Tragen. All diese Ehrungen waren für uns ein Trost in unserem Schmerz und bitten wir, unsern Dank dafür auf diesem Wege entgegenzunehmen. *463

Zöberitz und Zörbig, den 20. August 1923.

Die Familien **Zeidler** nebst Angehörigen,
Hermann Stüdroth als Bräutigam nebst Angehörigen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230823-17/fragment/page=0004

Klassenkampf

Halle und Saalkreis

Halle, den 23. August 1923.

Die hallischen Funktionäre über den Generalstreik

Am Montagabend fand im „Volkspark" eine Funktionärsitzung der Partei statt, die zu dem Generalstreik Stellung nahm. Genosse Sachse schilderte die politischen und wirtschaftlichen Ursachen, die zum Generalstreik geführt haben und besprach zum Schluß die Lehren, die die Kommunistische Partei daraus ziehen muß.

Die Diskussion war sehr lebhaft. Sämtliche Redner zeichneten mehr oder weniger richtig die Mängel und organisatorischen Fehler dieses Kampfes auf.

In seinem Schlußwort stellte Genosse Sachse zwei falsche Auffassungen fest. Auf der einen Seite die Beeinflussung durch Stimmungsträgerei und auf der anderen Seite der Versuch, den Kampf in seinen Ausmaßen durch eine starke Schematisierung nach den Regeln des MGGB. abzuschwächen.

Folgende Entschließung wurde mit großer Mehrheit angenommen:

„Die Funktionäre der KPD., Ortsgruppe Halle, nahmen in ihrer Sitzung vom 20. August Stellung zu den Aufgaben der Partei in der jetzigen Situation. Sie stellen nochmals mit aller Nachdrücklichkeit fest, daß der Generalstreik, der auf drei Tage befristet war, mit der Durchsetzung der politischen Forderung: Beseitigung der Regierung Cuno, das überhaupt in dieser Zeit zu erreichende Ziel war und dem politischen Generalstreik Sinn und Inhalt gab. Sie leiten deshalb den Standpunkt der Zentralstreikleitung und der Bezirksleitung, **einen Generalstreik am Mittwoch abzubrechen** und den Kampf **um wirtschaftliche Forderungen aufzunehmen** und durchzuführen. Für diesen Entschluß war maßgebend die Erkenntnis, daß Kämpfe und politische Forderungen nur dann erfolgreich sein können, wenn sie Leitmotiv des Kampfes der gesamten deutschen Arbeiterklasse sind. Politische Teilkämpfe bedingen stets eine Niederlage.

Der Verlauf des Kampfes hat dieser Auffassung der Funktionäre recht gegeben. Es ist nunmehr Aufgabe der Partei, alle Fehler und Mängel, die sich zeigten, auszumerzen und mit aller Kraft die Durchorganisierung der Partei vorzunehmen.

Die **Taktik der Einheitsfront** hat sich in diesem Kampfe gut bewährt. Sie muß darum fortgesetzt werden. Sie kann aber mit Erfolg bei der Entwicklung in Deutschland nur fortgeführt werden, wenn **die Betriebszellenorganisationen** unserer Partei sich ihrer Aufgabe bewußt sind. Deshalb ist es Hauptaufgabe unserer Partei, die **sofortige Organisierung der Betriebszellen** durchzuführen.

Dieser Kampf hat besonders gezeigt, wie notwendig die politische Klärung unserer Parteigenossen ist. Es muß deshalb sofort die Diskussion in der Partei über die Rolle der Partei in der Revolution aufgenommen und durchgeführt werden.

Die Funktionäre erklären sich auf Grund der Erfahrungen in diesem Kampfe bereit, mit aller Intensität für die **Eroberung der Gewerkschaften zu wirken**, um alle Sabotageakte seitens der reformistischen Gewerkschaftsführer wirksam begegnen zu können.

Der Stahlhelmangriff auf die Produktivgenossenschaft

Durch die bürgerliche Presse ging jetzt die Notiz, daß der Stahlhelm, die Geheimorganisation der Faszisten, nie beabsichtigt habe, einen Sturm auf die Produktiv-Genossenschaft zu unternehmen. Wir wollen deshalb ein wenig ausführlicher werden, um zu sehen, ob die Stahlhelmleute den Mut haben, auch diese Tatsachen abzuleugnen:

Am Freitag, dem 27. Juli, wurden die militärischen Organisationen des Stahlhelms in Alarmbereitschaft gesetzt. Sie sammelten sich im „Koburger Hof", „Café Bauer", „Löwenbräu", „Deutsche Gerstekuhle", im „Haus der Landwirte" und im „Stadtschützenhaus". Hier wurden die Erschienenen eingeteilt in „Wachen" und in „Streifen". Eine dieser „Streifen" überfiel am Kirchtor einen Jugendgenossen und schlug ihn nieder. Der Führer der Streife, Steinbach, schlug den Jugendgenossen mit einem Stock über den Kopf.

Am Sonnabend, dem 28. Juli, war die Fahnenwache Rathausstraße 8 und 9 bei Metzel untergebracht. Sie wurde um 2 Uhr nachts alarmiert mit dem telephonischen Anruf: **„Fertigmachen und Vorrücken (Richtung Produktiv-Genossenschaft)!" Es bekam jeder zweite Mann eine Handgranate, die anderen Seitengewehre. Die Mehrzahl war im Besitz von Revolvern.** Der Sturmtrupp rückte um 2 Uhr in Richtung Rannischer Platz vor. Der Gesamttrupp bestand aus etwa 150 Mann, die aber in kleineren Trupps anrückten. Nur die starke Bewachung der Produktiv-Genossenschaft durch unsere Parteigenossen verhinderte den Angriff. Um 3.30 Uhr morgens wurde der Stoßtrupp zurückgezogen.

Am Sonntag, dem 29. Juli, war vormittags ½10 Uhr eine außerordentliche Versammlung des Stahlhelms im „C-T-Café", Schulstraße. Der Redner führte aus, daß sie geschlossen hinter Cuno ständen; für die Stahlhelmleute sei gesorgt, auch für ihre Hinterbliebenen. Es wurde weiter die Mitteilung gemacht, daß im August der berüchtigte General Maercker zu einem Fest der Reichswehr nach Halle komme. Nach Schluß des Vortrags wurden die Versammelten in Wachen eingeteilt. Sie wurden aber nur einmal alarmiert, als am Kaulenberg eine stärkere Ansammlung stattfand. Hier wurden auch die Stahlhelmleute vom „Koburger Hof" alarmiert.

Eine Anzahl Stahlhelmleute wurden in diesen Tagen eingekleidet und der Spio eingereiht. Darunter befand sich Herr Harry Spaning, Taubenstraße 8.

Diese Mitteilungen genügen wohl für heute. Dem Polizeipräsidenten von Halle müssen diese Tatsachen auch bekannt sein. Wir haben aber bisher noch nichts gehört, daß er gegen diese Stahlhelmleute eingeschritten ist.

Was sagt aber der Hundertschaftstöter Severing dazu, der im Preußischen Landtage schon zum hundertsten Male den „rücksichtslosen Kampf" gegen die faszistischen Banden angekündigt hat?

Der Faszistennummel am 2. September abgesagt.

Am 2. September, dem Sedantage, sollte der angeknippte Moltke unter Beisein von Ludendorff wieder aufgerichtet werden. Die Faszisten haben gute Nasen und halten den Zeitpunkt nicht für geeignet, ihren mit großem Geschrei angekündigten Nummel stattfinden zu lassen. Sie geben an, daß der ramponierte Moltke bis zum 2. September nicht fertiggestellt werden kann.

Der Landbund über den Hunger der Bevölkerung

Die Sozialdemokraten geben zu, daß der Generalstreik ein Verzweiflungskampf der hungernden Bevölkerung war

Am Freitag fand auf Einladung des Landbundes im „Stadtschützenhause" eine Konferenz mit Vertretern der Behörden und der Verbraucherorganisationen statt, die zu den Ernährungsschwierigkeiten Stellung nehmen sollte. Auch die Presse war eingeladen worden. Dabei hatte man natürlich die kommunistische — vergessen. Man wollte wahrscheinlich hübsch unter sich sein. Und so zog denn der Redner, ein Herr Dr. Borchardt los und schimpfte in der wüstesten Weise gegen die Kommunisten. Ganz rot und blau wurde er vor Wut, daß die „kommunistischen Kontrollausschüsse" Vieh und Getreide während des Streiks beschlagnahmt und gemeinsam mit den Gemeindebehörden an die Bevölkerung zu annehmbaren Preisen verkauft haben. Er forderte, daß gegen diese Organe, die die (wuchernden) Bauern kontrollieren, mit den schärfsten Maßnahmen vorgegangen wird. Die Zwangswirtschaft (Wucherfreiheit) muß sofort aufgehoben werden. Der Bauer will die „verfaulte Papiermark" nicht haben.

Die beiden ersten Diskussionsredner, die Landräte von Querfurt und Torgau-Liebenwerda waren anderer Ansicht als der Herr Dr. Borchardt. Sie betonten, daß **nicht die Hetze der Kommunisten die Massen auf die Straße getrieben haben, sondern der Hunger, der durch die Sabotage der Bauern hervorgerufen worden ist.** Wenn die Bauern noch weiterhin die landwirtschaftlichen Erzeugnisse zurückhalten, so **wird binnen kurzer Zeit eine zweite Hungerrevolte hereinbrechen, deren Folgen gar nicht abzusehen sind.**

Einen ähnlichen Standpunkt nahm auch, entgegen der blöden Hetze des sozialdemokratischen „Volksblättchens", das nun schon zehn Tage lang über den „kommunistischen Generalstreikunsinn" schreit, der Parteisekretär der MSPD., Herr Peters, ein. Auch er stellte gegenüber anderen Behauptungen ausdrücklich fest, daß **der Generalstreik ein Verzweiflungskampf der hungernden Massen gewesen ist, der nicht von irgendeiner Partei inszeniert werden konnte.** Zum Schluß appellierte Peters an den Landbund, alles Getreide abzuliefern und dafür zu sorgen, daß sich dieser Hungerkampf nicht in verschärften Formen wiederholt.

Nachdem man sich stundenlang über die Ernährungsschwierigkeiten unterhalten hatte, ging man wieder auseinander, ohne irgendwelche Maßnahmen beschlossen zu haben. Es wurde lediglich ein Ausschuß eingesetzt, der die Ernährungslage weiter prüfen soll. Dieser Ernährungsausschuß hat inzwischen schon einmal getagt und hat festgestellt, daß, wie die „Saalischen Nachrichten" mitteilen in den Läden genügend Fleisch und Wurst vorhanden ist. Der Ernährungsausschuß scheint der Ansicht zu sein, daß die hungernden Massen schon von dem Anblick der Wurst in den Schaufenstern satt werden.

Maßregelungen bei der Eisenbahn

Die reaktionäre Eisenbahndirektion Halle hat den Generalstreik zum Anlaß genommen, die Hauptwerkstätte von allen Kommunisten zu säubern. Zu diesem Zweck ist eigens ein Assessor bestellt worden, der jeden einzelnen auf Herz und Nieren prüft, ob er gelb, rosarot oder gar ganz rot ist. Die Rosaroten sind dem Staatsbetrieb nicht mehr gefährlich, dagegen werden alle, die ihr Recht rücksichtslos vertreten und darum auch im Geruche stehen, mit der Kommunistischen Partei zu sympathisieren, rücksichtslos auf die Straße gesetzt. Bis jetzt hat man schon etwa 60 Mann **gemaßregelt**, darunter **fünf kommunistische Betriebsratsmitglieder**, von denen einige **mehr als zwanzig Jahre** in der Eisenbahnhauptwerkstätte beschäftigt waren. Wie rachsüchtig die Direktion gegen die kommunistischen Betriebsratsmitglieder vorgeht, ersieht man daraus, daß sie den Leuten ein Abgangszeugnis mit „genügend" ausgestellt hat. Die Direktion will es den Gemaßregelten unmöglich machen daß sie überhaupt noch Arbeit bekommen. Der übriggebliebene Betriebsrat besteht nunmehr noch aus einem MSPD.-Mann und drei Gelben. Mit diesen Leuten gedenkt die Direktion schon fertig werden zu können.

Die Direktion wird durch ihre brutalen Gewaltmaßnahmen die hungrigen Beamten nicht davon abhalten können, daß diese sich gegen Hunger und Not wehren. Wenn sie glaubt, durch Drohungen oder durch Maßregelungen die anderen einzuschüchtern, so wird sich bald erweisen, daß dieser Weg nicht zum Ziele führt. Der Hunger zwingt die Arbeiter und Beamten, zu kämpfen. Im übrigen gehen wir den reaktionären Herrschaften den Rat, sich zu beeilen, damit sie nicht von der zweiten Hungerrevolte überrascht und von dem Volkszorn hinweggefegt werden. Alle Anzeichen deuten auf einen zweiten und viel wuchtigeren Kampf hin.

*

Verhöhnung der Bergarbeiter.

Ein Bergarbeiter schreibt uns:

Bekanntlich sind für die Bergarbeiter die „wertbeständigen Löhne" eingeführt worden. Der letzte Schiedsspruch lautete auf 192 Prozent Zulage. Diese 192 Porzent kommen aber nur auf den Grundlohn in Höhe von 607 000 Mk., während ich in der Woche vom 6. bis 11. August einen Schichtlohn von 409 000 Mk. hatte. Dazu kommen noch die sozialen Zulagen und das Hausstandsgeld. Durch den neuen Schiedsspruch tritt für mich folgende Lohnveränderung ein: Lohnstufe E 6: 2 246 000 Mark. Dazu je 74 000 Mk. Hausstands- und Kindergeld und eine Nachzahlung für die Woche vom 6. bis 11. August in Höhe von 309 000 Mk. je Schicht und je 10 000 Mk. Hausstands- und Kindergeld. Das ist alles. Und von diesem Geld soll nun eine Familie die ganze Woche leben. Da muß jedem Bergarbeiter die Galle überlaufen! Die Arbeiterschaft muß endlich mit diesem ganzen System Schluß machen.

Achtung, kommunistische Genossenschafter!

Der Termin zur Einreichung von Vorschlagslisten für die Vertreterwahlen läuft am 2. September 1923 ab. Bis zu diesem Zeitpunkt müssen sämtliche Vorschlagslisten im Sekretariat des AKV., Landsbergerstraße, abgegeben sein. Abschriften der eingereichten Vorschlagslisten zur Wahl müssen spätestens bis zum 31. August 1923 im Orisbureau der KPD., Lerchenfeldstraße 14, abgegeben sein.

Das Chaos auf dem Geldmarkt

Die Regierung griff in ihrem Wiederaufbaudrang zu dem Krampfmittel, jedem Unternehmer zu gestatten, sein eigenes Papiergeld in Form von „Gut"scheinen herauszugeben. Sämtliches altes Makulaturpapier, soweit es noch nicht eingestampft war, wurde wieder aus den Papiergeldvermertungsanstalten abgeholt und wird nun als Lohngeld dem Arbeiter ausgezahlt, dem Geschäftsmann als Geld für seine Ware ausgeliefert, der dann die abgegriffenen und „wertbeständig" gemachten Papierschnitzel bei den Banken für neues, jedoch ebenso wertloses Papier eintauschen kann.

In vielen Städten haben sich die Geschäftsleute bereits geweigert, das überdruckte Papiergeld anzunehmen. Viele Geschäftsleute finden sich aus dem Wust des augenblicklich kursierenden Papiergeldes gar nicht zurecht. Ein Durcheinander sondergleichen herrscht auf dem Gelomarkte.

Nun beginnen schon die Buchdruckereien sich als Geldscheinfabriken zu empfehlen. Also wirds in Zukunft wohl keine Not mehr an Notgeld haben.

Wir sind bereits so weit, daß öffentliche Inserate zum Notgelddrucken erscheinen, um das Chaos noch zu vergrößern:

Gutscheine
als Notgeld
für Behörden u. Großbetriebe
zur Behebung der Zahlungsmittelknappheit liefert schnell und zuverlässig in jeder gewünschten Ausführung
Buchdruckerei Ernst Schneider,
Eisleben. Fernruf 43.

Diesem wüsten Durcheinander wird erst eine Arbeiter-, Angestellten- und Bauernregierung ein Ende bereiten können.

* **Mißhandlungen von Kindern und Jugendlichen durch Schupobeamte.** Der Zirkus ist für unsere Jugend immer eine Sensation. Die meisten Kinder aber kennen den Zirkus nur durch Plakate. Der Vater hat nicht das Geld, seine Kinder in den Zirkus zu schicken. Und so stehen sie denn draußen, hören das Brüllen der Tiere, den Beifall der Zuschauer und suchen und spähen mit ihren Augen umher, irgend etwas aus dem Innern des Zirkus zu sehen. Aber überall werden sie vertrieben. Gestern abend waren es Schupobeamte, die sich mit diesen kleinen Kerlen beschäftigten, und zwar so beschäftigten, daß sich die anwesenden Frauen und Männer empörten. Die Jungens wurden geschlagen, gestoßen und schließlich nach der Wache geschleppt. Und alles nur: weil sie ein wenig neugierig waren und kein Geld hatten, in den Zirkus rein zu gehen.

* **Pflegekinder.** Die Stadt gibt bekanntlich Kinder, die keine Eltern mehr haben, in Privatpflege und zahlt an die Pflegeeltern einen entsprechenden Vertrag. Die Stadt glaubt nun, daß sie damit aller Sorge und Pflege für diese Kinder entbunden ist. In welche Hände aber oft diese armen Kinder kommen, zeigt ein Vorgang, der uns heute von einer unbeteiligten Frau mitgeteilt wurde. Diese Frau traf ein etwa 13jähriges Mädchen, das vollständig verschimmeltes Brot aß. Es stellte sich heraus, daß das Kind bei der Witwe Faust, Sternstraße 9, in Pflege ist und fast immer verschimmeltes Brot zu essen bekommt. Das Zugendamt hat die Pflicht, über die Pflege dieser Kinder auch zu wachen.

* **Ist das kein Wucher?** Im Schnittwarengeschäft Schmalz, Reisstraße, wollte am Montag eine Frau eine Schürze kaufen. Der Preis sollte annähernd 2 000 000 Mark betragen. Der armen Frau war dies zuviel Geld. Sie glaubte, daß Schmiere aufs Brot notwendiger wäre. Während sie bei Krause anstand, faßte sie den Entschluß, die Schürze doch zu kaufen. Sie ging am Dienstag wieder in dasselbe Geschäft. Jetzt aber forderte die Inhaberin für dieselbe Schürze nicht mehr 2 Millionen Mark, sondern 3 600 000 Mk. Ist das kein Wucher?

* **Ab 24. August neues Porto!** Die angekündigten neuen Postgebühren, nach denen das Porto für eine Ferngostkarte 8000 Mk. und für einen Fernbrief 20 000 Mk. betragen wird treten mit dem 24. August in Kraft. Für den Telegraphen- und Fernsprechverkehr gelten die neuen Sätze bereits vom 20. August an.

* **Achtung, proletarische Jugendbünde.** Sonnabend, pünktlich ½7 Uhr, im Gewerkschaftshaus wichtige Vertretersitzung. Die beiden Stadtverordnetenfraktionen werden gebeten, Vertreter zu entsenden.

* **Druckfehlerberichtigung.** In der gestrigen Notiz „Herabsetzung des Grundlohnes im Baugewerbe" darf es nicht heißen: 455 000 Mk. Grundlohn, sondern 445 000 Mk. für die Stunde.

Theater und Konzerte

Stadttheater. Neuanmeldungen auf Stammkarten für die diesjährige Spielzeit des Stadttheaters werden ab Donnerstag, den 23. August, an der Theaterkasse, vormittags von 10 bis 2 Uhr, entgegengenommen. Das Abonnement umfaßt je 40 Spieltage mit Opern-, Schauspiel- und Operetten-Aufführungen; der Preis einer Karte ermäßigt sich gegen den Tageskassenpreis um 25 Prozent. Der Betrag ist in Raten für je fünf Vorstellungen im voraus zu entrichten. Das Sabitheater wird am 1. September mit einer Neueinstudierung von Hebbels Nibelungen eröffnet; am 2. September geht Verdis Oper „Aida" in Szene.

Gröbers. Die Belegschaft der Gewerkschaft Clara Verein in Gröbers nahm in einer am Sonntag stattgefundenen Betriebsversammlung erneut Stellung zu den wirtschaftlichen Forderungen. Von den Zugeständnissen der Gewerkschaft ist die Belegschaft unbefriedigt. In einer ziemlich erregten Aussprache wurde den arbeitsgemeinschaftlichen Verbänden das schärfste Mißtrauen ausgesprochen, da sie durch ihre Sabotageakte dem Unternehmertum das Rückgrat gestärkt und dadurch die Forderungen der hungernden Arbeiterschaft fast unmöglich gemacht haben. Die letzten Lohnverhandlungsergebnisse im Bergbau entsprechen nicht annähernd der ungeheuren Teuerung der letzten Wochen. An den wirtschaftlichen Forderungen wurde festgehalten. Die verschiedenen Gewerkschaftsmitglieder nahmen dann in besonderen Mitgliederversammlungen zu dem Verhalten der freien Gewerkschaften in dem letzten Erzkampf der Arbeiterschaft Stellung. Nach scharfer Kritik wurde beschlossen, die Forderungen den Verbänden zur Durchführung zu überweisen. Die Bergarbeiter verlangen aufs energischste die Beseitigung der Herren Hesse und Behrens aus der Bezirksleitung des BAV. Bis zur Erfüllung dieser Forderungen wurde gegen drei Stimmen die Beitragssperre verhängt. Die Gelder werden kassiert, aber keine Marken mehr geklebt, sondern die Felder werden mit dem Kontrollstempel angemerkt und die bezahlte Summe mit in das Beitragsfeld geschrieben. Die einlaufenden Gelder werden dem Konsumverein zur Verfügung gestellt. Wir halten diesen Weg, den die Bergarbeiter in Gröbers eingeschlagen haben, für falsch. Sie schädigen durch diese Maßnahmen nicht nur sich selbst, sondern schwächen auch ganz außerordentlich die Kampffront des revolutionären Proletariats gegen die Gewerkschaftsbureaukratie. Den Hesse u. Ko. werden die Bergarbeiter durch Beitragssperrung nicht ihr arbeiterschädigendes Handwerk legen. Der Hauptvorstand wird vielmehr dazu übergehen, die ganze Ortsgruppe auszuschließen. Das muß unter allen Umständen verhindert werden. Wir können die Erregung der Verbauerten gegen die Verbaubureaukratie verstehen. Trotzdem darf keiner das große Ziel aus den Augen verlieren. Es hilft nichts: wir müssen die Zähne fest zusammenbeißen und noch mehr als bisher in den Gewerkschaften arbeiten, um sie wieder zu dem zu machen, was sie sein sollen: Klassenkampforganisationen des Proletariats.

Arbeiter-Sport

An die Fußballspieler des 6. Bezirks. Es sind wieder einige Fußballspieler am Werke, die Beschlüsse der letzten Bezirksvollsitzung illusorisch zu machen. Die Pflichtgesellschaftsspiele sollen wieder in Serienspiele umgewandelt werden. Es muß darum betont werden, daß die Arbeitersportler den Sport um Punkte oder Ehrenpreise mit allen Mitteln bekämpfen. In der Hauptsache wird der Kampf um Preise von solchen Sportgenossen geführt, die bürgerlichen Vereinen angehören und sind diese Methoden auch in die Reihen der Arbeitersportler tragen möchten. Dagegen müssen sich sämtliche Arbeitersportler aufbäumen. Sie dürfen nicht zulassen, daß der Arbeitersport zu einem wilden Kampf um Preise herabgewürdigt wird. Die Arbeitersportler müssen aussprechen, daß sie sich für einen Sport bedanken, bei dem es zerschundene Knochen, zerrissene Kleider usw. gibt. Wir brauchen nicht in der Tabelle als Besiger zu glänzen, wir wollen vielmehr eine gesunde Körperpflege fördern. Darum, Sportgenossen, haltet den Beschluß der Bezirksvollsitzung hoch und kämpft gegen diejenigen, die die bürgerlichen Methoden in unsere Reihen tragen wollen.

HFC. Viktoria 08. Sonntag, den 26. August, nachmittags 4 Uhr, treffen sich im Gesellschaftsspiel auf dem Sandanger Viktoria 1. und Dölau-Fortuna 1. Die Mannschaft von Viktoria spielt wie folgt: Recke, Brendel, Wiering, Ulbrich, Berpold, Schauerhammer, Rücke, Felix, Spieler, Geßing, Zieger, Fischer. Treffpunkt 3 Uhr an der Giebichenstein. Die 2. und 3. Mannschaft fährt nach Ammendorf, um gegen die gleichen Mannschaften des dortigen Vereins zu spielen. Die 2. Mannschaft spielt wie folgt: Rode, Blome, Kierop, Preisch, Anlauf, Lietsch, Kitius, Merz, Naumann, E. Schubert, Höpfner. Spielbeginn 3 Uhr. Treffpunkt 1 Uhr am Riebedplatz. Die 3. Mannschaft spielt wie folgt: Otto Meyer, Steuer, Dquntte, Werner, Pätz, Schöne, Reisch, Martenhöfer, Schilf, Hebel, Meyer 2. Spielbeginn 1 Uhr. Treffpunkt 11 Uhr Riebedplatz. Die 1. Jugend spielt um ½3 Uhr gegen Minerva 1. Jugend auf dem Minervaplatz wie folgt: Lescher, Giesche, Singer 1, Beis, Mertens, Reichel, Bank, Goll, Kliebes, Recke, Stolle, Erbsen; Schönbrod, Schmidt, Singer 2. Sonnabend, den 25. August, abends ½9 Uhr, treffen sich alle Zugendspieler in der „Eisbörse" zu einer wichtigen Besprechung.

Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität". Die ungeheure Markentwertung macht es notwendig, daß jedes in Arbeit stehende Mitglied für Monat August eine Nachzahlung von einem Friedensfennig, das sind 10 000 Mk., leisten muß. Der Bundesbeitrag für September beträgt 20 000 Mk.

VfB. Lettin. Sonntag, den 26. August, spielt 1. und 2. Mannschaft gegen VfB. Trotha 1. und 2. auf der Peißnitz. 1. Mannschaft um ½4 Uhr, in folgender Aufstellung: Haak, Geßler, Förster, Henze, Ohme, Max Holland, Modwitz 2, Kersten, M. Schulze, Lehnich, Modwitz 1. — 2. Mannschaft um 2 Uhr in folgender Aufstellung: Bergmann, Röde, Felske, Mährlein, Gilich, Bauerecz, Klaus, O. Schulze, Förster, Ernst Holland, Deperade. — 3. Mannschaft gegen Fortuna 3. in folgender Aufstellung: Weber, Hartkopf, Koch, Deperade, Lathan, Lehmann, Hohndorf, Lorenz, Deckenig, Ohme, Urbach. Die Mannschaft spielt auf dem Lettiner Platz um 1 Uhr. — Schülermannschaft um 11 Uhr auf dem Lettiner Platz gegen Giebichenstein Schüler. Am Sonnabend, den 25. August, spielt die 2. Mannschaft das Rückspiel gegen Minerva 2. auf dem Platz Giesecke, Spielbeginn ½6 Uhr in obengenannter Aufstellung. Absagen müssen bis Freitag in Händen des Spielführers sein. Am vergangenen Sonntag schlug die 1. Mannschaft Minerva 1. mit 6 : 0; die 2. Mannschaft Minerva 2. mit 5 : 1; die 3. Mannschaft Minerva 3. mit 9 : 0. Die Schülermannschaft verlor gegen Minerva-Schüler mit 1 : 5.

Parteifest in Wörmlitz. Es finden folgende Spiele statt: Wörmlitz 2.—Rakonia-Nietleben 2. um ½3 Uhr; Wörmlitz 1.—Fichte-Radewell 1. um 4 Uhr.

Verantwortlich: Ferdinand Menzel für den redaktionellen Teil; für Anzeigen: Fritz Krob, Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Postbezieher!
Wir bitten, den Abonnementsbetrag für die zweite Augusthälfte in Höhe von 385 000 Mk. auf unserer Zahlkarte sofort zu überweisen. Der Verlag.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230823-17/fragment/page=0005

Leben · Wissen · Kunst

Und teuflisch lacht die Not

Und teuflisch lacht die Not!
Der Hunger grinst in seiner scheußlichsten Gestalt.
Was schreit Ihr Sklaven denn nach Brot?
Was zerrt Ihr an den Ketten blutigrot?
Es endet Euer Leiden bald
Schweigend der Tod!

Halt't ein den Jammerschrei,
Und brüllt heraus den Schrei der Wut!
Die Ketten sprengt voll Grimm entzwei!
Zerstampft der Würger Tyrannei!
Ehe noch fließt ein Tropfen Blut,
Seid Ihr befreit!

Werner Teichmann.

Siavus

2] Siebzehn Geschichten von Maria Szucsich

Nach längerer Zeit kehrte Siavus abermals zu den Hütten zurück und erzählte den Verlassenen:

Das Märchen von der bequemen Gewohnheit.

Es war um jene Zeit, da sich die Nachricht verbreitete, daß der Schah einen Koch nach dem anderen hinrichten lasse, weil keiner nach seinem Geschmack koche. Ich steckte damals in einer recht üblen Haut, denn ich hatte keinerlei Verdienst. Da dachte ich bei mir, wenn ein Mensch hungrig ist, soll er keine Angst haben, weil sein Hunger sonst noch größer wird. Und so meldete ich mich in der kaiserlichen Küche und sprach zum Küchenmeister:

„Herr, ich möchte mich für die Köche des Schahs als Koch verdingen, vorausgesetzt, daß ich den Anforderungen entspreche".

„Ich muß Dich darauf aufmerksam machen" — warnte mich der Küchenmeister — „daß Dir der Schah den Kopf abschlagen läßt, wenn das Essen nicht nach seinem Geschmack ausfällt".

„Herr, mir geht es so schlecht, daß ich sogar meinen Kopf aufs Spiel setze."

Daraufhin wurde ich gebadet, mit wohlriechenden Oelen gesalbt, man legte mir die Kochtracht an und ich wurde in die Hauptküche des Schahs geführt. Die Küchenjungen umringten mich, eilten hin und her, jeder gab sich die erdenklichste Mühe, damit das Essen des Schahs auserlesen werde. Wie ich aber mit schwerer Mühe das Essen schon fast fertig hatte, brannte mir das Ganze an. Der Geruch der verbrannten Speisen verpestete weit und breit alles! Vor dem Palaste blieben die Leute stehen und sprachen:

„Heute läßt der Schah seinem Koch den Kopf abschlagen, weil er das Mittagessen anbrennen ließ."

Die Küchenjungen weinten, heulten, brüllten:

„O Du einfältiger Mensch! Weshalb übernahmst Du eine so schwere Arbeit! Die übrigen Köche kochten gar vorzüglich, und der Schah ließ sie dennoch köpfen!"

Mittags trugen die Diener angstschlotternd die angebrannten Speisen auf.

Der Schah kostete das Essen, die Hofleute kosteten es ebenfalls, sagten aber kein Wort, da sie ja stets und in allem den Schah nachahmten. Der Henker schliff dienstbereit sein Beil, mit dem er mir den Kopf abschlagen wollte. Kaum daß der Schah das Essen gekostet hatte, befahl er mich auch schon vor sich. Alle erwarteten mein Todesurteil. Der Schah jedoch lobte mich:

„Seit langen Zeiten bist Du mein bester Koch. Diese Speisen könnten als Schulbeispiel der vollendeten Kochkunst dienen. Der Koch meines Vaters hat ebenso gekocht, desgleichen der meines Großvaters, und ebenso hatten die Köche aller meiner Vorfahren gekocht. Wünsche Dir, was Du willst, ich will Dir als Anerkennung für die Vorzüglichkeit der von Dir zubereiteten Gerichte alles gewähren."

„Ich habe nur einen Wunsch, Schah: gib mir Deine Köche, die Du köpfen ließest!"

Der Schah fragte:

„Weshalb sind Dir so kostbar diese Dummen, die nicht nach meinem Geschmack zu kochen vermochten?"

„Weil sie jene sind, die da sehen, daß die Beständigkeit des Schlechten auf der bequemen Gewohnheit ruht, aber trotzdem selbst um den Preis ihres Lebens das Gute kochen wollen."

Ich bestrich die Leichen der Köche mit meinem lebenspendenden Balsam. Die Köche erwachten zu neuem Leben und folgten mir. Die Kunde dieser Geschichte verbreitete sich im ganzen Lande und von da ab bekam der Schah stets Köche, die nach seinem Geschmack kochten. Denn die neuen Köche ließen, um ihren guten Posten zu behalten, die Speisen des Schahs absichtlich anbrennen.

„Wie sollen wir Dein Märchen deuten, Siavus?" fragten die Bewohner der Hütten.

„In diesem Märchen versinnbildlicht der Schah die Bequemen, die auch das Gute verderben, nur um in ihrer Bequemlichkeit durch nichts gestört zu werden, denn es ist bequemer, das Alte nachzuahmen, als sich an das Neue zu gewöhnen. Die Köche, die der Schah köpfen ließ, versinnbildlichen jene, die selbst um den Preis ihres Lebens für das Gute kämpfen und dieses nicht verderben, wiewohl es ihnen Reichtum und hohe Würde einträge. Die neuen Köche, die die guten Speisen einzig und allein deshalb bewußt verderben, um den Beifall des Schahs zu gewinnen, versinnbildlichen jene, die das Gute stets verkaufen, wenn der Verrat ihrer Bequemlichkeit dient. Und ich war der, der die Nachlässigkeit dieser Bequemlichkeit aufdeckte."

Siavus fand im Dunkel der Höhlen eine Frau, die weinte und den übrigen ihr Leid klagte:

„An meinem Finger hatte sich ein hartnäckiges Geschwür gebildet. Der Schmerz trieb mich zu den Magiern, die die Armen umsonst behandeln. Während ich im Zimmer der Magier stand und zwischen den Kranken darauf wartete, daß an mich die Reihe komme, sah ich, daß die unbemittelten Leidenden mit blassem Gesicht von den Aerzten zurückkommen, derweil die Reichen mit erleichtertem und glücklichem Antlitz erscheinen. Als die Reihe an mich kam, flehte ich den Arzt an:

„O Magier, befreie mich von meinem Schmerz, aber auf die Art, wie Du es mit den Reichen tust. Möge auch mein Gesicht so glücklich sein wie die ihren, wenn sie Dich verlassen."

Der Arzt schaute mich mürrisch an und sagte ungeduldig: „Zu nicht so zimperlich!" Seine Gehilfen aber packten mich roh und ich wurde unter den furchtbarsten Schmerzen von meinem Leiden befreit. Noch während ich im Zimmer war, trat jammernd mein Brotgeber ein. Er hatte das gleiche Leiden wie ich. O, wenn Du, Siavus, gesehen hättest, mit welcher Zärtlichkeit er getröstet wurde! Sie ließen auf ihn einen Schlafduft niederrieseln und er verspürte keinerlei Schmerz, indes er von seinem Leiden befreit wurde. Wohl ist es wahr, als er fortging, zahlte er mit Gold, ich jedoch hatte nichts, was ich den Aerzten hätte geben können. Traurig, mit der Erinnerung an die erlittenen Qualen, entfernte ich mich, während mein Brotgeber die Magier und deren Schlafduft pries. Und nun weine ich, o Siavus, aber nicht vor körperlichen, sondern vor seelischen Leiden: bisher hatte ich zu den Magiern Vertrauen, von nun ab jedoch werde ich sie fürchten. Bisher hatte ich sie geliebt, hatte in ihnen die Wohltäter der Kranken gesehen, jetzt aber muß ich sie hassen, denn sie machen einen Unterschied zwischen den Leiden der Reichen und den Leiden der Armen."

(Fortsetzung folgt.)

Vom „Ich" zum „Wir"

Aus Brupbacher "Vom Kleinbürger zum Bolschewik"
Der „Firn"-Verlag

Der Bürger sagt: „Wie ich es sehe." Der Kommunist sagt: „Wie wir es sehen." —

Wo das Wir an die Stelle des Ich tritt, da wird der einzelne nur noch gewertet nach dem, was er dem Wir nimmt oder gibt. Da gibt es keine autonome Persönlichkeit mehr. —

Je kultivierter und raffinierter das Ich war, bevor es ein Wir werden mußte, um so radikaler wird es mit aller Ich-Kultur aufräumen, wenn es mal wirtsisch aktiv wird. Der stärkste Individualist wird nach seiner Verwandlung der schärfste Tschekist *) des Individualismus, den er schon auf Meilen herausrieht. —

Wer sein Ich totgeschlagen, ist unwiderstehlich. Schlug er doch das Größte tot. —

Das Ich kann nur durch das Interesse des Ich totgeschlagen werden. Nur wo das faktische Interesse oder Ressentiment des einzelnen zusammenfällt mit dem einer Klasse von einzelnen, wird das Ichbewußtsein vom Wirbewußtsein totgeschlagen. —

Das Wirbewußtsein ist der geistige Ueberbau, das Hinauflangen in das Beziehungsorgan, von der Tatsache, daß der einzelne seine Konsumgüter in Gemeinschaft und gegen gemeinsame Widerstände erkämpft.

Das Wir einer Klasse ist ebenso eitel, ehrgeizig, machtlustig wie das Ich des einzelnen. —

Das proletarische Wir präsentiert am Tage der Abrechnung alle nicht eingelösten Glückswechsel aller einzelnen Proletarier am Bankschalter des Kapitalismus. Alle Leiden aller einzelnen Proletarier verlangen Sühne, bevor die Welt neu aufgebaut wird. Einer Generation von Kapitalisten wird die Schuld von dreien angerechnet werden. —

Das Objekt der Hingabe in einer Zeit, in der die Regulierung der Weltproduktion die Basis ist für die Beschaffung der Konsumprodukte, ist die Diktatur über die Weltproduktion. —

Wie es ist

Von Max Heim

Beim Diskutieren über wirtschaftliche oder andere Vorkommnisse hört man sehr oft von Arbeitern, die auch mit dem Schieber-, Wucher- und Schlemmertum der heutigen Zeit nicht einverstanden sind, sagen: „Sie müßten ihm!" oder „Sie sollten ihm endlich einmal gehörig auf den Leib rücken!" Gemeint sind immer, die es tun „sollten" oder „müßten" — wir Kommunisten. Die so reden, wollen selbst abseits stehen vom Kampf und nur die Früchte desselben genießen. Ja, selbst wollen sie sich nicht in Mißkredit bringen bei den Parasiten, die sie wohl hassen, weil sie ihnen ihre Lebensmöglichkeit immer mehr rauben, sie immer unerhörter ausbeuten, doch ihnen den offenen Kampf ansagen, dazu sind sie zu feige.

Der Herr Gutsbesitzer, der Herr Direktor könnten ja annehmen, man wäre bei den Kommunisten. Die Herren könnten einem ja nimmer freundlich grüßen, nimmer im Kriegerverein, im Gesangverein usw. herzlich die Hand drücken. Und das sind doch wirklich beseligende Momente, alle Sorgen und aller Kummer und aller Haß ist vergessen und man zerfließt förmlich vor Demut.

Sehr oft hört man nachher sagen: „Sie sind wirklich nicht so schlecht, wie man sie immer hinstellt."

Leider sind dies Tatsachen, die nicht nur vereinzelt vorkommen. So müssen wir Kommunisten immer aufs neue agitieren, belehren und aufklären, damit sich auch endlich die heute noch tendenzlahmen und katzbuckligen Proletarier zum offenen Kampfe bekennen.

Für „Ruhe und Ordnung"

Von Hardy Worm

Die Polizei ritt durch die Stadt. Trieb Männer und Frauen vor sich her.

Drang in Häuser ein. Durchsuchte alles. Schubkästen wurden erbrochen. „Ha, Flugblätter!" Die Leute mit den Stahlhelmen grinsten. „Wo ist Ihr Mann?" Der Leutnant brüllte die magere Frau an. Die stand in einer Ecke, das Gesicht von Angst zerknittert. „Wo ist Ihr Mann?" Der Leutnant schlug mit dem Revolver auf den Tisch. Die Frau begann zu weinen. Sie wußte nicht, wo ihr Mann war. Die Polizisten stießen sie die Treppe hinunter. „Sauzeug!" schimpfte der Leutnant.

Geknatter von Schüssen sprang um die Straßenbiegung. Die Leute, die neugierig vor den Tieren standen, erschraken. Es war, als ginge ein kalter Wind über sie hinweg.

Auf sämtlichen Polizeibureaus herrschte fieberhafte Tätigkeit. Spitzel gingen ein und aus. Nicht nachgeprüft wurden ihre Berichte. Es mußte durchgegriffen werden. „Ein Exempel müssen wir statuieren!" schrie ein vollgefressener Oberst. Und die Polizisten, verhetzt, dumm und brutal, griffen alles auf, was ihnen in die Finger kam. Gewiß, man hatte ihnen vorgelesen, daß sie sich jeder unvorschriftsmäßigen Behandlung von gefangenen Aufrührern zu enthalten hätten. Aber was sind Verordnungen, was nutzen Vorschriften? Die Söldner wußten, daß ihre Vorgesetzten sie decken würden. Und hatten sie nicht Entschuldigungsgründe? Hatte man ihnen nicht erst gestern die Photographie eines ermordeten Polizisten gezeigt? Dem sollten die Aufrührer die Augen ausgestochen haben. Dieses vaterlandslose Gesindel, das ständig rebellierte, das nie den Schlund vollkriegen konnte, mußte hart angepackt werden. „Wir müssen ein Exempel statuieren!" schrie der vollgefressene Oberst und schlug einem vor ihm stehenden Gefangenen den Revolverknauf ins Gesicht, daß das Blut spritzte. Die Polizisten grinsten.

Die Stadt bebte. Es herrschte eine Atmosphäre des Mordes, der Angeberei. Kein Mensch war seines Lebens sicher. Keiner wußte, ob sie ihn nicht schon in der nächsten Stunde aus dem Hause holten, in verwanzte Zellen sperrten oder auf einem Kartoffelacker erschlugen und einscharrten.

Die Erregung der Bevölkerung steigerte sich. Die Arbeiter verharrten im Streik. Ihre schwieligen Hände ruhten. Die Maschinen standen kalt und still.

Die Polizisten hausten wie die Irrsinnigen. Als sie in einem Lebensmittelgeschäft, dessen Inhaber unter dem grauenvollen Verdacht stand, Sozialist zu sein, nach Waffen suchten, steckten sie Schinken, Würste in ihre Taschen. Sie schlugen Likörflaschen kaputt und soffen sich voll. Ein kleiner, dicker Wachtmeister schloß die Frau des Ladenbesitzers ein, erbrach den Schreibtisch und stahl Geld. Die Polizisten fühlten sich in Feindesland. Sie hatten die Macht. Jetzt endlich bot sich ihnen die Gelegenheit, mit dem Arbeitergesindel aufzuräumen.

Abends erzählten sie sich in den Kneipen ihre Heldentaten. „Wißt Ihr", sagte einer, „heute früh haben wir ein dolles Ding gedreht. Wenn das rauskommt — — — Also, wir waren gerade in der Fabrik angekommen und hatten die Nachtposten abgelöst, da bringen Kameraden von der 8. Abteilung eine ganze Kolonne von gefangenen Roten. Zwei Weiber waren auch dabei. Das wären die Gefährlichsten, sagte der Leutnant. Gegen Mittag waren einige Leute von uns ziemlich besoffen und machten allerhand Klamauk. Darüber regten sich die Roten auf. Einer von ihnen, der nach was Besserem aussah, fing an zu stänkern und sagte, wir seien gerade die Richtigen, Ordnung aufrechtzuerhalten. Da langte ihm doch unser Wachtmeister, der auch in die Pulle gequckt hatte, eine runter, daß er gleich zwischen das schreiende Weiberzeug fiel. Und so fing denn die Holzerei an und schließlich wurden alle Gefangenen über den Haufen geschossen. Der Leutnant machte nachher mächtigen Staub und schärfte uns ein, die Sache nicht laut werden zu lassen. Aber die Roten haben schon Wind gekriegt. Unser Wachtmeister ist mächtig im Druck."

Der junge Polizist rülpste und goß schnell einen Kognak hinter. Die andern sagten: „Junge, Junge!" und knipsten mit den Fingern. Aber schließlich setzte sich einer ans Klavier und dann sang die ganze Horde „Deutschland, Deutschland über alles".

Draußen fiel Regen. Der Nebel lag dick in den Straßen. Ab und zu raste ein Lastauto über das Pflaster. Gewehrläufe blinkten. Zwischen den Polizisten standen Männer im Arbeiterkittel. Sie wurden ins Gefängnis gebracht.

Revolutionärer Anschauungsunterricht

Sein klassisches Bilderbuch der politischen und gesellschaftlichen Zustände im heutigen Deutschland „Das Gesicht der herrschenden Klasse" setzt George Groß fort mit dem neuen Bande „Abrechnung folgt!" (wie die anderen Publikationen von Groß im Malikverlage erschienen). Diese 57 Zeichnungen sind der sinnfälligste politische Anschauungsunterricht, die einprägsamste Demonstration, der wirkungsvollste aktive Vorstoß. Wie kaum ein andres Werk unserer Zeit ist dieses ein energisch und unzweideutig scharfes, unverwüstlich praktisches Kampfmittel. Meisterhaftes, geniales Kunstkönnen stellt sich hier entschieden auf die Seite des revolutionären, proletarischen Klassenkampfes, und zwar mit ganzer Kraft, mit dem Besten seiner Leistung, nicht bloß mit gelegentlichem Nebenher, kunstvoller Spielerei, Abfall vom Gesamtschaffen. Was die bürgerliche Opposition zur Zeit, als es noch eine bürgerliche Opposition gab, in den „Simplizissimus"-Zeichnern besaß (ich meine die Anfangsjahre dieser Münchener Zeitschrift, von 1896 bis 1906 etwa), das hat heute besser, nämlich weniger ästhetisch, mehr sachlich handfest, zweckdienlich die radikale, proletarische Kampfbewegung in George Groß. Was die Journalisten der bürgerlichen und der nichtbürgerlichen Parteipresse geistlos, klischeemäßig, banal tun: das aktuelle Geschehen sofort auf eine tendenziös markante Formel bringen, das leistet Groß zeichnerisch geistvoll, originell, unerhört spannend und konzentriert. Jene bleiben immer Reporter, mehr oder minder stumpfe Wiederkäuer der Fakten; Groß ist immer Schöpfer, selbständiger, souveränner Gestalter, der das einzig richtige Fazit, den wesentlichen Extrakt einer Situation gibt. Nur der Belgier Masareel hat ähnliches in seiner Fülle (während des Kriegs in der belgischen Presse erschienen) Antikriegsblätter, aber er ist blutarmer, weniger sinnlich, weniger abwechslungsreich als Groß.

Groß notiert in der allgemeinverständlichen, massiven und lustigen Bildersprache seines neuen Bandes das ganze Sündenregister der deutschen Herrenklasse. Keiner ihrer Angehörigen wird ausgelassen, die Reihe geht trefflicher vom nationalen Rowdy und Hakenkreuzbelden bis zum intellektuellen Helfershelfer, zur vernagelten oder konjunkturbeflissenen Literatur-Kreatur, vom Kriegsgewinnler, vom Phrasentrompeter zum bourgeoisen Straßenmob. Wiederum ist fleckenlos publik gemacht die Normalfratze des Todeindex. In Zeichnungen der „Schwarzweißrot"-Visage oder des „Juden-raus"-Krähers hat man den Typ, wie er leibt und lebt, ganze Horden des Typs in ihrem Repräsentanten. Demgegenüber das Kehrbild des Zustandes: die Duldenden, die durch ihre Langmut, Passivität, Sklavenseligkeit ihn erst ermöglichen und dauern lassen. So die Physiognomien einer Arbeiterversammlung, matte, von der Tagesfron zermürbte, erstarrte, gewerkschaftsgläubige, rührend andächtige, jedenfalls aber ungefährliche „Klinkert"-Züge, oder die verschiedenen Sorten jener Feigen, die sich der soldatischen Entwürdigung fatalistisch unterwerfen: der robuste Lümmel vom Land, der sich aus seiner Schmach noch einen Stolz macht, in der Hoffnung, einst andere quälen zu dürfen: der gehorsambeflissene Brillenmensch, der aus „Weltanschauung", um der „Ordnung" willen jeruste Jünger Kants: der Jude, der leider durch die gemeinste Behandlung nicht zur Auffässigkeit zu bringen ist: der Streber, der alles möglichst akkurat machen möchte; und noch soundsoviel mehr oder minder vernunftbegabte Maschisten. — Das Ganze eben jene Majorität, durch deren schandbare Unterwürfigkeit und Gefügigkeit die Ueberhebung und Dünkelhaftigkeit, der brutale Machtwahn der kommandierenden Minorität bedingt und ermöglicht wurde (und noch wird). Ich selber, wenn ich in den Jahren vor dem Kriege am Exerzierplatz meiner Heimatstadt, die eine große Garnison war, vorüberging und die sadistischen Orgien der uniformierten Schinderknechte mitansehen mußte, empfand ich jedesmal größere Wut über die Masse der „Gemeinen", die solche Schmach widerstandslos, lammsgeduldig hinnahm, als über die naar schnauzenden und mißhandelnden „Vorgesetzten"!

Glänzend komponiert ist das ganze Buch im Gegeneinanderhalten tödlicher Kontraste: Luxus, Völlerei, Schwelgen, Orgie der einen Schicht, — Verhungern, Verkommen, Darben, Verrecken der anderen. Bilderbogenklar ist dem Einfältigsten, der das immer noch nicht einsieht, gemacht: wie das Schmausen der einen, das Verschmachten der anderen, das Prunken der wenigen die Verelendung der vielen notwendigerweise zum Gegenstück hat. Nationale Hehe der gesicherten, ja davon profitierenden Herrenkaste sagt die Unterdrückten ins Feuer, in dem sie verbrennen, an dem jene ihre Wänste wärmen. Und es fehlt auch nicht der Parteiführer Schuld an diesem Zustand, ihre fluchwürdige Rolle wird in manchem schlagkräftigen Blatte festgenagelt.

Ich glaube nicht, daß irgendein überhaupt der Wahrheit zugänglicher Mensch sich dem zwingenden Einflusse dieser Zeichnungen entziehen kann. Die Blätter haben den Elan, die mitreißende Intensität, die Faust, die die Leute mit der Nase immer wieder auf den wesentlichen Punkt stößt. Sie sind (im Sinne einer erwünschten, zukünftigen, idealen, klassenbewußt-revolutionären Journalistik) nadelspitz pointiert. Die schlagende Beweiskraft der Enthüllung „Einheitsfront", die ungeheure, genial-einfache Demonstration des Blattes „Zwei Schlote und eine Seele" und die krasse Kennzeichnung des (auf als Umschlag verwendeten) Aufmarsch-Plakates sind einhämmernde Informationen. Unvergleichlich stark ist auch in dem Bande die Einheit zwischen Text und Bild. In schärfsten, nichts scheuenden Unterschriften ist jede Zeichnung irgendwie karikatisch, ironisch, aufreizend erklärt. Diese Erklärungen nennen so radikal, rücksichtslos das Ding beim rechten Namen, daß ich fürr sie in Deutschland keinen Vorgänger weiß. Da gibt es eine endgültige Abfertigung der blasphemischen Heiligsprechung des Armseins, die als Verklärung kapitalistischer Verpowerungsmethode restlos entlarvt wird. Oder ebenso wirksame Entkleidungen der Maskerade, die solche eigennützigen offiziellen Parolen bedeuten: „Ans Vaterland, ans teure schließ Dich an!" — „Ueb immer Treu und Redlichkeit!" — „Eigener Herd ist Goldes wert!" — „Unser täglich Brot gib uns heute!" Ganz groß werden Schwindel und Frevel dieser Welt gefaßt in einer infernalischen Erschiessungs-Szene (einem Blatt das das Teuflische aller Mordanmaßung der Ordnungsbestie zum Votivbild hält), und in ein paar Seiten, die der Fassadenehrbuffeligkeit bürgerlicher Familien- und Ehe-Schmierigkeit auf die Schliche kommen. Wo gäbe es für die proletarische revolutionäre Bewegung ein Agitationsmaterial, das gleich wertvoll an kämpferischem wie künstlerischem Gehalt ist?

Max Herrmann (Neiße).

*) „Tschekа", Revolutionsgerichtshof in Sowjet-Rußland.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230823-17/fragment/page=0006

Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint Werktags. Bezugspreis frei Haus 16.—31. Aug. 385 000 M., durch die Post 385 000 M. ohne Zustell.-Gebühr. Druck u. Verlag: Produkt.-Genossensch. i. d. Bez. Halle-Merseburg e.G.m.b.H. Halle, Leichenfeldstr. 14. Fernruf 1045. 1047. 2251. Schriftleitung: Sprechzeit 12—1 u. 5—6 Uhr.

Der Anzeigenpreis beträgt 44000 M. für den Millimeter Höhe u. Spalte, 200000 M. für Reklame, anschl. an den dreigespaltenen Textteilenteil. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten. Bankkonto Commerz- und Privatbank, Halle. Postscheckkonto Leipzig 1065 48. Fritz Kroß, Halle.

Einzelpreis 30000 Mk. | **Donnerstag, den 23. August 1923** | **3. Jahrgang Nr. 196**

Das Reichsarbeitsministerium verhöhnt die Bergarbeiter

Berlin, 22. August.

Im Senftenberger Revier sind über 50 000 Bergarbeiter, die ganze Belegschaft, von den Bergherren ausgesperrt. Seit drei Wochen bereits geht der Kampf mit steigender Erbitterung. Alle Versuche, den Kampf zu beenden, scheitern an dem Herrenstandpunkt der Unternehmer, die nur bei bedingungsloser Wiederaufnahme der Arbeit unter Ausschaltung aller derer, die den Unternehmern mißliebig sind, den Betrieb wieder aufnehmen wollen. Die Gewerkschaften stehen schadenfroh abseits, sie weigern sich, trotz wiederholter Aufforderung, selbst durch die gewerkschaftlichen Funktionäre des Reviers, zur Beendigung des Kampfes auch nur das Geringste zu tun, weil Ursache der Aussperrung ein „wilder" Streik gewesen sei. Am Montag beschloß eine Konferenz der Streikleitung der einzelnen Schächte, nunmehr eine Delegation zum Reichsarbeitsministerium zu entsenden, um dieses zu einer Vermittlung zu bewegen. Die Delegation versuchte gemeinsam mit dem Genossen Katz den Reichsarbeitsminister persönlich aufzusuchen. Der neue Reichsarbeitsminister der Koalition Stresemann-Hilferding aber war für Arbeiter nicht zu sprechen. Erst schützte er dringende Geschäfte vor, dann war er angeblich überhaupt nicht da. An seiner Stelle verhandelte mit der Delegation der Ministerialdirektor Dr. Sitzler. Gleich zu Anfang lehnte er jegliche Vermittlung und jegliches Eingreifen ab, wenn nicht die Gewerkschaften die Vertretung der Bergarbeiter übernähmen. Auf die entrüstete Entgegnung der Delegation, daß die Gewerkschaften doch bereits mehrfach vergeblich zum Eingreifen aufgefordert seien, und daß, wenn jetzt das Reichsarbeitsministerium nicht eingreife, die Gefahr bestehe, daß die Notstandsarbeiten eingestellt würden und die Schächte ersäufen, erwiderte Herr Dr. Sitzler ganz kaltblütig, dann müsse eben die Technische Nothilfe eingesetzt werden. Im übrigen bezeichnete er die Löhne der Bergarbeiter bereits als so hoch, daß sie ohne Gefährdung der ganzen Wirtschaft nicht weiter erhöht werden dürften und bereits jetzt schuld daran seien, daß der deutsche Kohlenpreis das 1½fache des englischen betrage! Ein noch sonderbarerer Kauz aber ist der Dr. Tiburtius, ein junges Kerlchen mit Manieren und Ausdrücken wie ein entlaufener Korpsstudent. Fortwährend machte er höhnische Zwischenbemerkungen. Einmal freilich verplapperte er sich in sehr bezeichnender Art. Zur Forderung, daß die Streiktage bezahlt werden sollten, machte er den Einwurf: Das sei schon deshalb unerfüllbar, weil sich gegen die Bezahlung der wilden Streiktage die Gewerkschaften mit aller Schärfe wenden würden! Dieses Eingeständnis des jungen Studenten ist ungemein kennzeichnend. Und wißt Ihr, Arbeiter, was dieser Tiburtius darstellt? Er ist für das Deutsche Reich Referent für alle Bergarbeiterangelegenheiten! Einen noch kläglicheren Eindruck freilich machte der ebenfalls anwesende, dem Reichsarbeitsministerium zugeteilte Bergarbeiterführer Osterroth. Er sagte nämlich so gut wie gar nichts. Nur gelegentlich erzählte er etwas von dem „Terror„ den die Senftenberger Arbeiter gegen die bewährten Gewerkschaftsführer ausgeübt hätten, und erst, als ihn der Genosse Katz direkt zu einer Stellungnahme zu den Behauptungen des hohen Herrn Ministerialdirektors über die zu „hohen Bergarbeiterlöhne" aufforderte, die es allein verschuldet hätten, daß die deutsche Kohle so teuer sei, wagte er schüchtern einen Einwand, daß doch auch noch andere Umstände als die Löhne den Kohlenpreis in die Höhe getrieben hätten. Als aber sein hoher Vorgesetzter ihm einen kalten Blick zuwarf, machte er sofort wieder die Einschränkung, das sei allerdings ein sehr schwieriges Problem, wohl das schwierigste überhaupt. Die Deputation wurde mit dem leeren Versprechen entlassen, daß das Reichsarbeitsministerium versuchen werde, die Gewerkschaften zu einem Eingreifen zu bewegen. So mußte die Delegation der Bergarbeiter erkennen, daß die Arbeiter ganz auf sich selber angewiesen sind, wenn sie der kapitalistischen Hungerpeitsche entgehen und sich auch nur das Notdürftigste zum Lebensunterhalt erkämpfen wollen.

*

Der Kampf im Bockwitzer Ländchen und in der Lausitz

Die gesamte Bergarbeiterschaft im Streik — Ein Aufruf an die mitteldeutschen Arbeiter

(Eigener Bericht)

Bockwitz, 22. August.

Der Kampf der Arbeiter nimmt von Stunde zu Stunde an Ausdehnung zu. In den am 21. August in den größten Sälen Bockwitz stattgefundenen Streikversammlungen konnte festgestellt werden, daß die gesamte Bergarbeiterschaft sich wieder in den Kampf geworfen hat. Mit aller Energie, Disziplin und harter Ausdauer wird der Kampf der Bergarbeiterschaft des Ländchens und der Lausitz geführt. Auf den Gesichtern der Versammelten konnte man eine Opferfreudigkeit bemerken wie noch nie bevor. Die Situationsberichte der Zentralstreikleitung und der Senftenberger Kollegen wurden mit großer Begeisterung aufgenommen. Die Betriebsräte sind ihres Postens enthoben worden; es ist ihnen anheim gegeben, in den Betrieben zu arbeiten.

*

Die streikende Arbeiterschaft erläßt folgenden

Aufruf an die Bergarbeiter Mitteldeutschlands

Die Bergarbeiter des Senftenberger und Bockwitzer Gebiets stehen schon über acht Tage im Kampf gegen das Unternehmertum. In allen Gebieten hat man versucht, die Arbeiter durch Schupo und andere Mittel mürbe zu machen. Hart auf hart geht es zwischen beiden Parteien. Die Bergarbeiterschaft steht einmütig und geschlossen hinter ihren Forderungen. Von Tag zu Tag stärken sich die Reihen aus andern Industrien, der Kampf muß zum Siege führen. Wir ersuchen die Bergarbeiterschaft Mitteldeutschlands, dort, wo es noch nicht geschehen ist, sich mit ihren Klassengenossen durch Sammlungen solidarisch zu erklären. Selbst die Betriebsräte hat man ihres Postens entheben müssen, weil keine Arbeiter sich mehr in den Betrieben befinden. Die Notstandsarbeiten sind aufgehoben. Sämtliche Betriebsräte, gleich ob WSPD. oder KPD., haben sich in die Reihen der Kämpfenden gestellt.

Arbeiter Mitteldeutschlands! Setzt verschärft ein mit Sammlungen für unseren Kampf, denn dieser Kampf ist Euer Kampf und dieser Sieg ist Euer Sieg. Die Front der Arbeitgeber fängt an zu bröckeln. Die Front der Bergarbeiter Mitteldeutschlands muß befestigt und verstärkt werden. **Die Streikleitung.**

*

Die Abwehr der Ruhrarbeiter gegen den Hungerterror

(Eigener Bericht)

Essen, 21. August.

Der Landesausschuß der rheinisch-westfälischen Betriebsräte sah sich infolge der zugespitzten Situation gezwungen, sofort eine **Konferenz der Betriebsräte des Ruhrgebiets** für heute einzuberufen. Die Konferenz war beschickt von 106 Schachtanlagen und 62 Hüttenbetrieben mit 344 Betriebsräten und von 4 Arbeitslosen- und 8 Notstandsarbeiter-Vertretern. Die politische Zusammensetzung war folgende: 208 KPD., 46 SPD., 2 USPD., 70 Parteilose, 8 Zentrum, [illegible] 4 GHVD., 7 Syndikalisten; die gewerk- [illegible] erschafter, 4 AfA., [illegible] ristl. Gewerkschaften, [illegible] Berufsvereinigung, [illegible] Solidaritätsstreik der [illegible] r Resolution wurde [illegible] schlossen, den Kampf [illegible] a mit den Mitteln [illegible] Betrieben vertreiben [illegible] rde mit Entrüstung [illegible] ieberste und seiner [illegible] Minister Severing [illegible] erbots und des Ver- [illegible] ert.

[illegible] enkampf

[illegible] Berlin, 22. August.

[illegible] hat gemeinsam mit [illegible] kanzler gerichtet, in [illegible] eitete Bewegung zur [illegible] hingewiesen wird, [illegible] n Massenarbeitslosig- [illegible] hen Maßnahmen des [illegible] ung nicht sofort mit [illegible] den Kampf mit den [illegible] Sie hat mit letzteren [illegible] nichts herausspringen, [illegible] mierstützung und ein [illegible], bevor Entlassungen [illegible] Gewerkschaftsbureaus- [illegible] Es sind schon viele [illegible] das Vernünftiges ist [illegible] schon dabei, daß nur [illegible] nete Zustände zu ver- schaffen. Und das kann nur durch Kampf geschehen. Freiwillig werden die Unternehmer auf ihren Profit nie verzichten.

Der Sozialdemokrat Sollmann verbietet die kommunistische Presse

(Eigene Drahtmeldung)

Magdeburg, 23. August.

Das Organ der KPD. für Magdeburg-Anhalt, die „Tribüne", ist vom sozialdemokratischen Reichsminister Sollmann auf drei Tage verboten worden. Gründe anzugeben hat man erst gar nicht für nötig befunden. Das Verbot hat folgenden Wortlaut:

Telegramm

Auf Grund des § 1 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 10. August 1923 (Reichsgesetzblatt Teil 1, Seite 768) wird die „Tribüne", Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands (Bezirk Magdeburg-Anhalt), Erscheinungsort Magdeburg, vom 23. bis 25. August einschließlich verboten.

Berlin, den 21. August 1923.

Der Reichsinnenminister. gez. Sollmann.

*

Die Koalitionsregierung mit ihren vier sozialdemokratischen Ministern enthüllt sich immer mehr. Ungeheure Steuern, verschärfte Ausbeutung der arbeitenden Massen, Verbot der revolutionären Presse — man kann sich wohl noch auf manches gefaßt machen. Aber alle Maßnahmen werden ihr nichts helfen, sie verendet ja doch noch auf dem Komposthaufen, auf dem sie bereits sitzt.

Das sterbende Deutschland und seine Totengräber Das lebendige Deutschland und seine Führung

Die neue Preisoffensive setzt mit verdoppelter Wucht ein. Keine zwei Tage hat die Herrlichkeit des herabgedrückten Dollarkurses gedauert. Die Preise sind nicht gefallen — jetzt steigen sie rapid. Unter der neuen Regierung steigt auch schon der Dollar wieder, und Havenstein macht die alten Kunststücke der Markstützung mit Reichsbankgold. Aber auch sein Nachfolger, mag er Paul Hertz oder sonstwie heißen, wird den Absturz der Mark nicht hemmen können. Dort, wo Cuno aufhörte, fängt Stresemann an und Hilferding, der Vater der Cunoschen „Finanz"politik, muß dieselbe Politik machen.

Aber Cuno wurde fortgejagt, weil breiteste Schichten der deutschen Bevölkerung seine „Wirtschaft" nicht mehr ertrugen. Seine Wirtschaft geht weiter. Den Schluß werden wiederum die Massen ziehen.

Doch in der neuen Regierung sitzen Sozialdemokraten. Sie haben die Regierung unter Versprechungen angetreten. Die Massen werden ihnen die Rechnung präsentieren. Wir Kommunisten präsentieren sie ihnen schon heute. Wir werden dabei lediglich von ihren Versprechungen ausgehen. Mögen sie antworten, wenn die Massen die Fragen aufgreifen.

Erste Frage: Die Sozialdemokraten haben geschworen, die Finanzkrise zu beheben, weil, wie sich Hertz z. B. in der Vorständekonferenz der Gewerkschaften zu Berlin, am Donnerstag vor der Generalstreik, ausdrückt, „die Steuern fließen". — Wir fragen: welche Steuern „fließen"? Wieviel Prozent der Staatsausgaben werden durch die „fließenden" Steuern gedeckt? Wer zahlt in Wirklichkeit die Steuern?

Und wir antworten: „fließen" lediglich die vom Lohn direkt abgezogenen Steuern; die Steuereinnahmen decken genau 2 Prozent der Ausgaben; die Steuern zahlen nicht die Besitzenden, weil sie durch ihren schamlosen Preiswucher die „höheren" Steuern von vornherein abgewälzt haben auf die besitzlosen Konsumenten.

Zweite Frage: Die Sozialdemokraten haben bei ihrem Regierungsantritt geschworen, daß sie die Währung stabilisieren werden. Wir fragen: wieviele Billionen Papiermark werden täglich gedruckt? Wird dadurch die Inflation aufgehalten?

Und wir antworten: druckt Hilferding keine Papiermark, so entstehen dieselben Unruhen, wie bei Cunos Tode, weil keine Löhne gezahlt werden können. Druckt Hilferding aber drauflos, so ruiniert er die Währung, und die „hohen" Löhne, die ausgezahlt werden, können infolge des ungehemmten, schamlosen Wuchers nichts kaufen, mögen noch so viele Nullen auf den Zetteln stehen.

Dritte Frage: Die Sozialdemokraten haben geschworen, sie würden „die Wirtschaft" sanieren, die „Sachwerte erfassen" und Deutschland „in Ordnung" bringen. Wir fragen: was hat die Sozialdemokratie getan und was kann sie tun gegen die einsetzende Produktionssabotage der Unternehmer, die einfach die Betriebe schließen? Wie kann die Sozialdemokratie „Sachwerte erfassen", wo ihre Koalitionsgenossen „prinzipiell" gegen „Eingriffe in die Substanz" sind und diese mit allen Mitteln abwehren werden?

Vierte Frage: Die Sozialdemokraten haben immer und immer wieder beteuert, den Beamtenapparat, und insbesondere die Reichswehr müsse von Reaktionären gesäubert werden. Wir fragen: Was kann die Sozialdemokratie auch nur gegen die Justizfaszisten tun? Kann sie auch nur den Geßler und Seeckt und die monarchistischen Offiziere aus dem Heere werfen?

Und wir antworten: Sie kann es nicht. Denn das ginge nur an, wenn sie die Arbeiterhundertschaften aufstellen und bewaffnen würde, zum Kampfe gegen etwa rebellierende Heeresteile und Faszistenbanden.

Fünfte Frage: Die Sozialdemokratie hat geschworen, sie werde einesteils den passiven Widerstand an der Ruhr fortsetzen, andererseits mit Frankreich verhandeln, um zu einem „guten Abschluß" zu kommen. Wir fragen: Mit welchen Mitteln will die Sozialdemokratie an der Ruhr kämpfen? Mit welchen ihn bezahlen? Auf welcher Grundlage mit der Entente verhandeln?

Und wir antworten: Der passive Widerstand ist ein Humbug, wenn die Unternehmer machen können, was sie wollen. Es ist unmöglich, von den werktätigen Massen zu fordern, sie sollen Widerstand leisten, wenn alle Kosten des Kampfes von ihnen selbst getragen werden sollen, damit die Unternehmer fette Profite machen können. Und mit der Entente verhandeln wird Stinnes und seine Kumpanei so, daß er gut dabei fährt.

Die Totengräber Deutschlands, die sozialdemokratischen Führer, wissen all das sehr gut. Aber sie können keine andere Politik treiben als die, die sie machen. Denn sie wissen: eine andere Politik ist nur möglich als revolutionäre Klassen-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230823-17/fragment/page=0007